

Christian Lahusen/Claudia Jauß

# Lobbying als Beruf

Interessengruppen in der Europäischen Union



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
Der Deutschen Bibliothek erhältlich. (<http://www.ddb.de>)

ISBN 3-7890-7484-5

1. Auflage 2001

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2001. Printed in Germany. Alle Rechte,  
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der  
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis	9
Abbildungsverzeichnis	10
Vorwort	11
1. Einleitung	15
1.1. Europäische Interessenvermittlung im Wandel	15
1.2. Europäische Integration und organisierte Interessenvermittlung	17
1.3. Politikmuster zwischen Korporatismus und Pluralismus	22
2. Beziehungen zwischen EG/EU-Institutionen und Interessenvertretern in geschichtlicher Perspektive	27
2.1. Europäische Einigung: Etablierung und Krisenmomente (1951-1985)	28
2.2. Europäische Integration: Erweiterung und Vertiefung (1985-2000)	34
2.3. Fazit: Europäische Integration der Interessenvermittlung	37
3. Interessenvermittlung im Institutionengefüge der EU	39
3.1. Das Adressatensystem: Gelegenheitsstrukturen der Interessenvermittlung	39
3.1.1. Der Rat der Europäischen Union	39
3.1.2. Der Europäische Rat	40
3.1.3. Die Kommission	41
3.1.4. Das Europäische Parlament	45
3.1.5. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß	47
3.1.6. Das Adressatensystem als Gelegenheitsstruktur der Interessenvermittlung	49
3.2. Zur Struktur des Verbandssystems	51
3.2.1. Größe und Struktur der europäischen Lobbyinglandschaft	53
3.2.2. Verbände und Vertretungen	55
3.2.3. Consultancies und kommerzielle Lobbyisten	60
3.2.4. Zur tatsächlichen Machtverteilung	64
3.2.5. Interessenvertretung und Arbeitsteilung	69
3.3. Fazit: Die Neuordnung kollektiver Interessen und Interessenvermittlung	74
4. Strategien der Interessenvermittlung	81
4.1. Formelle und informelle Regeln der Institutionen	82
4.1.1. Formale Strukturen und Ziele europäischer Politik	83
4.1.2. Institutionelle Aufgaben und Funktionen	84

6	Lobbying als Beruf	
	4.1.3. Informelle Strukturen und Ziele	88
	4.2. Strategische Planung und Entscheidungsfindung	91
	4.3. Proaktives und reaktives Handeln	93
	4.3.1. Frühzeitiges Handeln	94
	4.3.2. Konstruktive und destruktive Interessenvertretung	97
	4.4. Informationspolitik	98
	4.5. Fazit: Strategien der Interessenvertretung in Mehrebenensystemen	105
5.	Interessenvermittlung als Beruf	107
	5.1. Tätigkeiten und Aufgaben der Interessenvertretung	108
	5.2. Arbeitgeber und Anbieter	111
	5.3. Qualifikationen und Ausbildung	114
	5.3.1. Ausbildungsgänge	114
	5.3.2. Formale und informelle Qualifikationen	116
	5.3.3. Karrieremuster	120
	5.4. Vernetzung, Selbstregulierung und professionelle Identität	123
	5.4.1. Berufliche Vernetzung	124
	5.4.2. Berufliches Selbstverständnis	127
	5.4.3. Professionelle Ethiken	131
	5.5. Amerikanisierung oder Europäisierung der Interessenvertretung?	138
	5.5.1. Entwicklungslinien und Trends	138
	5.5.2. Globalisierende Märkte und transnationale Beratungsunternehmen	139
	5.5.3. Generationenabfolge und die Veränderungen des Sektors	143
	5.5.4. Wettbewerb der nationalen Traditionen der Interessenvertretung	145
	5.5.5. Amerikanisierung oder Interessenvertretung 'european style'?	150
	5.6. Professionalisierungsprojekte und institutionelle Pfade	155
	5.7. Fazit: Interessenvermittlung und politisches Gemeinwesen	161
6.	Staat-Verbände-Beziehungen heute	165
	6.1. Politikprozesse und Policy-Zyklen	165
	6.2. Policy communities: Foren oder Machtkartelle?	173
	6.2.1. Kontaktnetze	173
	6.2.2. Konsultationspraktiken der EU-Institutionen	176
	6.2.3. Netzwerke zwischen Wettbewerb und Dialog	180
	6.3. Zentren und Peripherien	184
	6.3.1. Lange Zyklen innerhalb der communities	185
	6.3.2. Ressortspezifische policy communities als Zentren und Peripherien	188
	6.4. Fazit: Strukturen und Prozesse der Einflußnahme	192

	Inhaltsverzeichnis	7
7.	Ausblick: Regieren im entfesselten Interessenkampf	197
	7.1. Eine Panoramaaufnahme der europäischen Interessenvermittlung	197
	7.2. Auswirkungen auf Regieren	199
	Interviewpartner	209
	Literaturliste	211

## Abkürzungsverzeichnis

ACEA	Association des Constructeurs Européens d'Automobiles
AdR	Ausschuß der Regionen
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BEUC	European Bureau of Consumers' Associations
CEFIC	Conseil Européen des Fédérations des Industries Chimiques
COGECA	Conseil General des Cooperatives Agricoles (Allgemeiner Ausschuß des ländlichen Genossenschaftswesens)
COPA	Comité des Organisations Professionnelles Agricoles de la Communauté Européenne
EAPN	European Anti-Poverty Network
EBU	Europäisches Büro für Umweltfragen (auch EEB)
ECPA	European Centre for Public Affairs
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEB	European Environmental Bureau (auch EBU)
EEC	European Economic Community (auch EWG)
EFPIA	European Federation of Pharmaceutical Industry Associations
EFTA	European Free Trade Association
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund (auch ETUC)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EP	Europäisches Parlament
ERT	European Round Table of Industrialists
ESC	Economic and Social Committee (auch WSA)
ETUC	European Trade Union Council ? (auch EGB)
EuGH	Europäische Gerichtshof
Euratom	Europäische Gemeinschaft für Atomenergie
EURO COOP	European Community of Consumer Cooperatives
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWL	European Womens Lobby (auch LEF)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GD	Generaldirektionen (der Kommission)
LEF	Lobby Européen des Femmes (auch EWL)
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
SAGB	Science Advisory Group on Biotechnology
UNICE	Union des Confédérations de l'Industrie et des Employeurs d'Europe
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuß (auch ESC)



## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung der EU Verbände	54
Abbildung 2: Interessengruppen in Brüssel	55
Abbildung 3: Interessententypen	58
Abbildung 4: Consultancies – Neugründungen pro Jahr	61
Abbildung 5: Anzahl der Consultancies nach Tätigkeitsbereichen	62
Abbildung 6: Consultancies – Anzahl der Mitarbeiter	63
Abbildung 7: Lobbying-Berufsgruppen	159
Abbildung 8: Institutionelle Pfade	160

## Vorwort

Im Frühsommer 1999 wurde kurz nach dem Rücktritt der gesamten Kommission Jacques Santer bekannt, dass der nun beurlaubte Martin Bangemann in den Vorstand des spanischen Konzerns *Telefónica* überwechseln wollte. Dieses Vorhaben brach einen Sturm der Entrüstung los, denn Bangemann war bis zu diesem Zeitpunkt Kommissar für Industrie und Telekommunikation gewesen und folglich im Besitz sensiblen Wissens über die Konkurrenzsituation auf dem Telekommunikationsmarkt. Nicht nur der designierte Nachfolger Santer, Romano Prodi, selbst die deutschen Freidemokraten waren ob Bangemanns Verhandlungen mit dem spanischen Unternehmen empört und versuchten ihn zu einem freiwilligen Verzicht zu bewegen. Doch erst als die 15 Mitgliedstaaten eine Klage beim Europäischen Gerichtshof einzureichen beschlossen, um Bangemanns Pensionsansprüche abzuerkennen, lenkte dieser ein und kündigte nun öffentlich an, erst zu einem späteren Zeitpunkt an die Spitze des Telekommunikationsunternehmens zu wechseln. Allerdings machte Bangemann keinen Hehl daraus, dass er die Aufregung um seine Person und seinen neuen Arbeitsplatz nicht verstand – womit er durchaus recht hatte. Denn Bangemann war keinesfalls der erste Kommissar, der nach seiner Tätigkeit für die Europäische Union in die Privatwirtschaft hinüberwechselte. In gewissem Sinne gehörte dies zu den eher üblichen Karriereverläufen vieler regulärer Mitarbeiter und hochrangiger Persönlichkeiten der EU-Institutionen. So wurde der Belgier Etienne Davignon Chef des Großkonzerns *Société Générale de Belgique*; der Ire Peter Sutherland war zugleich Chef der *Allied Irish Bank*, Chef des Investmenthauses *Goldman Sachs* und Vorstandsmitglied des Ölkonzerns *BP*; der Brite Lord Jenkins ging kurzfristig zum Investmenthaus *Morgan Grenfell*; der Luxemburger Gaston Thron brachte es zum Generaldirektor von *RTL* und zum Präsidenten des Medienkonzerns *CLT*; und der deutsche Peter Schmidbauer, um nur noch ein letztes Beispiel zu nennen, ging in das Direktorium der *Bundesbank* (*Spiegel*, 28/1999).

Bangemanns Vorhaben nun geriet zum öffentlichen 'Fall'. Dies lag aller Wahrscheinlichkeit nach auch daran, dass die Kommission Ende 1998 mit Berichten über das mögliche Fehlverhalten einzelner Kommissionsmitglieder gerade einen Glaubwürdigkeitsverlust erlebt hatte. Eine Rolle mag auch gespielt haben, daß Bangemann bereits früher schon in den Ruf unschicklicher oder unlauterer Kontakte mit Privatinteressen gekommen war. Der 'Fall' Bangemann schien aber gerade auch deshalb zu einem solchen geworden zu sein, weil er auf ein Problem europäischer Politik hinwies: Wie ist zu gewährleisten, daß die Kommission, die unbestrittener Motor und Angelpunkt europäischer Integration war und die nur sehr unvollständig administrativen und demokratischen Kontrollen unterworfen ist, zu einem Gefangenen partikularer Interessengruppen wird? Problematisch an Bangemanns Entscheidung war eben die inhaltliche Übereinstimmung seiner bisherigen Kommissionstätigkeit und der künftigen Unternehmensaufgaben, darüber hinaus auch die zeitliche Nähe zwischen alter und neuer Arbeitsstelle. Sinn und Zweck der 'unternehmerischen Tätigkeit' Bangemanns waren damit mehr als offensichtlich: die Einbringung von Insider-Wissen und die Bereitstellung von (persönlichen) Kontakten, die dem spanischen Konzern einige bis dahin verschlossenen Türen geöffnet hätten.

Was Bangemann damit überschritten hatte, war die feine Grenze des sitzamen und schicklichen Verhaltens, das im Spätsommer durch die neue Kommission Romano Prodis in Form eines Verhaltenskodex (und einer sechsmonatigen 'Sperrfrist') für scheidende

Kommissare abgesteckt wurde. Diesseits dieser Grenzen aber gehören die hier zu Tage tretenden Praktiken zum politischen Tagesgeschäft. In der Tat besteht das, was landläufig als Lobbying verstanden wird, in wesentlichen Aspekten genau aus eben diesen anvisierten 'unternehmerischen Tätigkeiten' Bangemanns: Es müssen Informationen beschafft und eingesetzt, es müssen Kontakte geknüpft und gebraucht werden, um die laufenden politischen oder administrativen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse zu beeinflussen. Die Institutionen der EU, allen voran die Kommission, hatten in dieser Hinsicht bislang keine prinzipiellen Berührungspunkte aufgewiesen, waren sie doch an einem Dialog mit den vielfältigen gesellschaftlichen Interessengruppen ganz besonders interessiert und deshalb auch nur sehr widerwillig bereit, diese Kontakte und Dialoge zu reglementieren oder in anderer Weise zu formalisieren. Spannungen und öffentliche Kritik waren damit vorprogrammiert und wurden in gewissem Sinne auch in Kauf genommen.

Die hier vorliegende Studie nimmt sich dieser Thematik an, um unser Wissen über Interessengruppen und Interessenvermittlung in der Europäischen Union zu erweitern und zu vertiefen. Auf der Grundlage des bislang erreichten Forschungsstandes soll herausgearbeitet werden, welche Formen und Strategien das europäische Lobbying annimmt, bis zu welchem Grade sich Interessenvertretung bereits als eigener Tätigkeitsbereich und Beruf fest institutionalisiert und professionalisiert hat, und welche Beziehungen sich zwischen europäischen Institutionen einerseits, Interessengruppen und Lobbyisten andererseits entwickeln. Von besonderem Interesse werden dabei die Veränderungen sowohl im institutionellen Aufbau und Ablauf europäischer Politik wie auch in der Struktur der europäischen Interessenvertretungslandschaft sein. Denn über die Konsequenzen dieser Veränderungen wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung ebenso debattiert, wie in der öffentlichen Auseinandersetzung. Beobachten wir in den letzten Jahren die Entfesselung europäischer Interessenvertretung, durch die das Lobbying kompetitiver, offensiver und auch unkontrollierbarer wird? Ist eine Öffnung der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung für bislang vernachlässigte Gruppierungen und für einen breiteren gesellschaftlichen Diskussionszusammenhang im Gange? Welche Anstöße geben die europäischen Institutionen für solche Veränderungsprozesse? Und welche (nicht-intendierten) Folgen haben eben diese Veränderungen für die Politik der Europäischen Union, für ihre Effektivität und öffentliche Glaubwürdigkeit?

Die hier vorliegende Studie ist aus einem zweijährigen Forschungsprojekt hervorgegangen, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde und Teil des Schwerpunktprogramms 'Regieren in der Europäischen Union' war. Unser Dank gilt deshalb zunächst den Organisatoren dieses Forschungsverbundes, allen voran Beate Kohler-Koch und ihren Mitarbeitern, von deren begleitenden Tagungen wir wertvolle Kontakte, Anregungen und Kritikpunkte für unsere eigenen Forschungsarbeiten mitnahmen. Hier danken wir auch allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Schwerpunktprogramms, die uns ein Feedback auf unsere Forschungsergebnisse und Zwischenberichte gegeben haben.

Unsere Forschungsarbeiten erstreckten sich primär auf die Erfassung der Fachliteratur, zum anderen auf Feldforschungen, hier insbesondere die Auswertung wichtiger Dokumente (z.B. Stellungnahmen und Jahresberichte der Interessengruppen) sowie offener Leitfadenterviews mit ca. 30 Gesprächspartnern aus den europäischen Institutionen und den verschiedenen Interessengruppen. In diesem Zusammenhang haben uns Stefan Bernhard, Marion Böller, Holger Etzel, Christian Henschke, Günther Mayer, Dieter Stöbel und Benjamin Vauteck tatkräftig bei den täglichen Forschungsarbeiten unterstützt. An dieser

Stelle möchten wir aber auch all unseren Interviewpartnern, die wir im Anhang einzeln auflisten, summarisch dafür danken, dass Sie unser Forschungsprojekt durch ein Gespräch unterstützt und uns damit mit wertvollen Informationen und Einblicken ausgestattet haben. Sharon Mealey, Ulrike Meyer, Céline Oriol und Sibyl Wright haben ihrerseits bei der Planung der beiden Forschungsreisen nach Brüssel geholfen und die dort geführten Interviews verschriftet, um sie so der empirisch-qualitativen Auswertung zugänglich zu machen. Diese Auswertung war folglich mehr als nur ein technischer Aspekt der Informationsaufbereitung, sondern setzte einen kontinuierlichen und intensiven Diskussionszusammenhang voraus, in den die Mitarbeiter und Kollegen an der Universität Bamberg verschiedentlich involviert waren. In diesem Zusammenhang gebührt unser Dank nicht zuletzt auch Richard Münch, der uns im Laufe unserer Untersuchung inhaltlich stets gewinnbringend begleitet und angeregt hat. Das hier nun vorliegende Buch schließlich wurde durch die großzügige Bewilligung einer Druckkostenpauschale durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft unterstützt.

Bamberg, den 19. Juni 2001

Christian Lahusen  
Claudia Jaufß

## 1. Einleitung

Betrachtet man die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion zum Thema, so werden die heutige Situation und die künftigen Entwicklungsmuster der europäischen Interessenvermittlung in ähnlicher Weise eingeschätzt. Erstens wird auf die steigende Zahl der Verbände, Einzelvertretungen und Lobbyisten-Büros verwiesen, um das zunehmende Gewicht und die Expansion des Sektors zu belegen. Sehr oft taucht dabei eine Schätzung aus dem Jahre 1991 auf, wonach es in Brüssel 3000 registrierte Interessengruppen bzw. Beratungsbüros (die sogenannten 'Consultancies') und über 10.000 registrierte Interessenvertreter gibt. Zweitens wird auf die steigende Anzahl der gesellschaftlichen Interessen und Forderungen verwiesen, die in Brüssel über Direktvertretungen vermittelt werden und damit nicht mehr (nur) in hierarchischer Weise über die nationalen und europäischen Dachverbände eingebracht werden. Schließlich wird immer wieder auf die Etablierung und Verfestigung professioneller Interessenvertretungsformen hingewiesen, auf das viel diskutierte geschäftsmäßige Lobbying, das nunmehr eine professionellere, kompetitivere und instrumentellere Form der Interessenvertretung und -abstimmung zu etablieren scheint. Diese Entwicklungen führen, so die Argumentation, zu einer Veränderung des europäischen Verbandssystems, das über die Zeit immer heterogener und komplexer wird und hierin womöglich auch zentrifugale Tendenzen an den Tag legt (z.B. Kohler-Koch, 1992; van Schendelen, 1993c; Zapf, 1993; Andersen & Eliassen, 1996).<sup>1</sup> Welche Richtung diese Entwicklungsmuster nun konkret einschlagen und welche Strukturen sich damit allmählich herausbilden, wird in den folgenden Kapiteln zu klären sein.

### 1.1. Europäische Interessenvermittlung im Wandel

Für die genannten Veränderungen werden gemeinhin vor allem zwei Gründe verantwortlich gemacht. Erstens ist die zunehmende Dringlichkeit einer politischen Bearbeitung transnationaler Probleme und die steigende Quantität und Dichte der europäischen Rechtsetzung zu nennen. Im Hinblick auf die europäische Politik gibt es damit für gesellschaftliche Akteure, die von transnationalen Problemen und Politiken betroffen sind, viel zu gewinnen oder zu verlieren. Zweitens spielt die institutionelle Komplexität der Europäischen Union (EU) eine gewichtige Rolle. Besonders häufig wird auf die Offenheit ihrer Institutionen und

---

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang wird zuweilen auch von einer gewissen 'Amerikanisierung' der Verbandsstruktur und der europäischen Politik insgesamt gesprochen. Diese Tendenz wird dabei insbesondere am Lobbyismus festgemacht. Für Lobbying steht in der Literatur fast einhellig die Fragmentierung, Spezialisierung und Professionalisierung der Interessenvertretung, die konfrontativere Ausrichtung von Interessenvertretung und die Herausbildung issue-spezifischer Koalitionen und Verhandlungsprozesse. "This new pattern of lobbying is different from traditional national systems of interest articulation in Europe where elements of corporatism have been an important part. In some ways it may seem closer to what we associate with traditional US lobbying, focusing on competition between interests and specialised politics," so Andersen & Eliassen (1995: 427). Beate Kohler-Koch beschreibt die Entwicklung auf der europäischen Ebene ähnlich: "Das Auswuchern von Interessenvertretungen in Brüssel führt dazu, daß zunehmend issue-spezifische Koalitionen zusammengebracht werden, wobei gerade kommerzielle Lobbyisten eine Führungsrolle übernehmen" (Kohler-Koch, 1992: 22).



auf die Eigendynamik der Entscheidungsprozesse hingewiesen, weshalb es einen großen Unterschied machen kann, ob und wie Interessen vertreten und in die Willensbildung und Entscheidungsfindung eingebracht werden (Mazey & Richardson, 1993a; van Schendelen, 1993b). Zusammengefasst stellt das 'Institutionengefüge' der EU eine günstige 'Gelegenheitsstruktur' für die Interessenvertretung dar. "Dank der hohen Dynamik und Komplexität besteht für diejenigen, die Einfluß auf die offiziellen EG-Entscheidungssträger ausüben wollen, immer wieder eine neue Chance, ein neuer Zugang oder ein neuer Weg" (van Schendelen, 1993a: 68). Diese beiden Gründe schaffen damit einen besonderen Anreiz für die Europäisierung der Interessenvertretung im Sinne einer an den Institutionen der EU und den einzelnen Mitgliedsländern orientierten Vertretungsarbeit. Diese Europäisierung entwickelt dann aber auch eine gewisse Eigendynamik, da Repräsentationen und Consultancies die Bedeutung der europäischen Interessenvertretung 'verkaufsstrategisch' gegenüber ihren Organisationen, Klienten und dem potentiellen, unerschlossenen Markt vertreten. Neben dem 'Drang' vieler gesellschaftlicher Akteure auf die europäische Bühne entwickelt sich auch eine 'Sogwirkung', die von den Institutionen der EU und den vor Ort beschäftigten Interessenvertretern ausgeht. Dazu sind Integrations- und Konzentrationsprozesse zu beobachten, die für die europäische Interessenvertretungslandschaft auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten bedeutende Konsequenzen hat, wie wir noch zeigen werden.

Die Folgen dieser Entwicklungen werden einmal in der Struktur der Verbandslandschaft selbst verortet, denn aus der Sicht der Einzelinteressen eröffnen sich nun verschiedene Bühnen und Kanäle der Interessenvertretung (eigene Vertretung, nationaler und europäischer Dachverband, sektorielle oder allgemeine Verbände etc.), was als politische Chance und strategischer Zugewinn für die Einzelorganisationen gesehen wird (z.B. Pedler & van Schendelen, 1994). Aufgrund der Vielzahl der vertretenen Interessen einerseits, des fragmentarischen Charakters der europäischen Politikfelder und der verschiedenen institutionellen Einflußmöglichkeiten andererseits werden die Verhandlungs- und Abstimmungsprozesse innerhalb und zwischen den verschiedenen Interessengruppen komplexer und problematischer (Eising & Kohler-Koch, 1994; Traxler & Schmitter, 1994). Die europäischen Dachverbände, die ja zu diesem Zwecke gegründet worden waren, können diese Aufgabe immer weniger übernehmen, da nun auch Unterverbände, Direktrepräsentationen und Lobbyisten-Büros eigenständig aktiv werden im Sinne einer komplementären, aber auch unabhängigen Interessenvertretung. Kompetitive Interessenkämpfe und sich schließende Interessenkartelle sind dabei zwei verschiedene Antworten auf diese Entwicklungen, die sich zum Teil gleichzeitig bei verschiedenen Politikfeldern oder Themen ergeben. Allerdings werden wir noch zeigen, daß sich zwischen diesen Extrempositionen eine neue Struktur der europäischen Interessenvertretungslandschaft herausbildet, die eine Antwort auf eben diese zwei Entwicklungsstränge ist.

Die Institutionen der Europäischen Union haben die genannten Veränderungen z.T. aktiv unterstützt, zugleich mußten sie sich auf die beschriebenen, nicht immer geplanten Konsequenzen einstellen. Die stärkere Einbindung gesellschaftlicher Interessen und Diskurse, die seit Maastricht zum offiziellen Programm der EU gehört, verdeutlicht einen Bedeutungszuwachs und -wandel gesellschaftlicher Interessenvertretung. Denn neben der Konsultierung gesellschaftlicher Interessen über die Strukturen europäischer Dachverbände werden Zugänge, Konsultations- und Abstimmungsverfahren graduell offener für verschiedenste Akteure. Zum einen verspricht dies, die Beschaffung von Informationen, Fakten

und Meinungen zu flexibilisieren und zu beschleunigen. Auch die Wirksamkeit und Akzeptanz von Maßnahmen kann durch eine stärkere Beteiligung der betroffenen und interessierten Kreise erhöht werden. Zur gleichen Zeit aber birgt diese 'partizipativere' Politik auch Gefahren einer Verstopfung und Blockierung der Entscheidungsfindung und Implementation (Effizienz- und Effektivitätsproblematik), wie auch die Gefahr einer Delegitimierung und Diskreditierung europäischer Politik aufgrund ungleicher Zugangsmöglichkeiten und eines geschäftsmäßig auftretenden, unregelmäßigen Lobbyings (Legitimationsproblematik). Für den Prozeß der europäischen Integration ist Interessenvertretung damit funktional und problematisch zugleich, wie wir gegen Ende dieser Studie noch sehen werden.

### 1.2. Europäische Integration und organisierte Interessenvertretung

In diesem Sinne ist die Entwicklung der europäischen Interessenvertretung eng an den Prozeß der europäischen Integration gebunden – ein interdependentes Verhältnis, das auch als 'Ko-Evolution' konzipiert worden ist (Eichener & Voelzkow, 1994b, Kohler-Koch, 1997b). Zugleich wird den Verbänden damit auch eine durchaus wichtige Rolle bei der Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses zugesprochen, weshalb es sich empfiehlt, einmal kurz die zugrunde liegende theoretische Debatte zu skizzieren.

In der frühen Diskussion zwischen Realisten und Neofunktionalisten ging es wiederholt um die Relevanz supranationaler Integrationsprozesse, wie sie am Beispiel der europäischen Integration besprochen wurden (Zellentin, 1992; Wessels, 1992). Die Neofunktionalisten gingen zum einen von einer Evolution hin zu supranationalen Staatengebilden und Gesellschaftsgefügen aus, die sich in einer systemischen Zwangsläufigkeit entfalten: Die Vernetzung von Volkswirtschaften bspw. ruft internationale Abkommen und Vereinbarungen auf den Plan, die in Form von dauernden Konferenzen oder Organisationen ein Eigenleben erhalten, insofern als sie bestehende Kompetenzen und Aufgabengebiete ausdehnen, etablierte Strukturen auf andere Policybereiche ausweiten und dadurch wieder weltwirtschaftliche Zusammenhänge (aber auch Internationalisierungstendenzen in Kultur, Wissenschaft u.ä.) heraufbeschwören. Realisten hielten dem entgegen, daß internationale Politik (selbst wenn sie sich fest institutionalisiert hat) von den Wahlentscheidungen der einzelnen Regierungen und ihren Koordinationsproblemen abhängig ist, und zwar sowohl im Hinblick auf die Beschlußfassung als auch auf die Implementation bereits getroffener Entscheidungen. Europäische Einigung erschien demnach nicht als ein Automatismus, sondern bedurfte der Zustimmung, Unterstützung, nicht zuletzt auch der Loyalität der beteiligten Akteure – worauf hin der Neofunktionalismus wiederum auf Kritiken zu reagieren suchte und auf die Komplementarität zwischen systemischer und sozialer Integration hinzuweisen schien. Erschwert wurde eine eindeutige bzw. einseitige Antwort auf die behandelte theoretische Fragestellung durch die Berücksichtigung der transnationalen Verflechtung und Integration anderer Akteure (Medien, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen etc.), die zwischenstaatlicher Kooperation und Regimebildung förderlich, aber auch hinderlich sein können, und damit beide theoretische Positionen vor zusätzliche Erklärungs- und Bewertungsprobleme stellten.

Auch heute lassen sich diese Positionen in einer Vielzahl von Varianten ausmachen, insbesondere wenn es um die zugrunde liegende Entwicklungsdynamik der europäischen Einigung und um die normative Bewertung der möglichen konstitutionellen Formen eines

europäischen Bundesstaates oder Staatenbundes geht. Einige sprechen noch vom Eigenleben der Institutionalisierung einer europäischen Politikbühne (Schneider, 1992; Wessels, 1992), während andere von einer notwendigen Rückbindung an die Nationalstaaten ausgehen, um die EU effizienter und legitimer zu machen (Lepsius, 1991; Scharpf, 1993d, 1998). Dennoch wird die Ausschließlichkeit beider Positionen deutlich weniger betont. Vielmehr wird zunehmend konstatiert, daß sich zwischen Politikfeldern (wie auch innerhalb einzelner Bereiche) offenkundige Gleichzeitigkeiten und Ambivalenzen kund tun, die einer eindimensionalen Diagnose und Erklärung nur schwer zugänglich sind (Kohler-Koch, 1992; Jachtenfuchs & Kohler-Koch, 1996a; Schneider, 1992). Theorien internationaler Politik befassen sich deshalb heute viel deutlicher mit der Gleichzeitigkeit von systemischen Zwangsläufigkeiten und Institutionalisierungstendenzen einerseits, den situativen Unwägbarkeiten zwischenstaatlicher Wahlentscheidungen und den Auseinandersetzungen um konstitutionelle und ordnungsrechtliche Leitbilder andererseits.

So haben Rational Choice-Ansätze auch zum Thema der europäischen Integration Anwendung gefunden und somit realistische Fragestellungen weiterentwickelt. Sie interessieren insbesondere die zugrunde liegenden (sub-)institutionellen Verhandlungssysteme, deren Funktionsweise sie mit Hilfe theoretisch gesetzter Spiele zu erfassen versucht (Scharpf, 1993b, 1993c). Dabei stehen die intendierten und nicht-intendierten Effekte dieser rationalen Koordinationsspiele für die Funktionsfähigkeit von Regimen im Vordergrund.<sup>2</sup> Politik wird hier im Sinne eines Ordnungs- und Institutionenwettbewerbs untersucht (Gerken, 1995), der dann nicht nur die nationalen Regierungen, sondern auch die Institutionen der EU selbst involviert. Hierdurch rückt das Verhältnis zwischen Struktur und Handeln ins Augenmerk: Einerseits wird die Effizienz dieser Institutionen immer durch einen Verweis auf die (sub-)institutionellen Verhandlungsspiele, die Institutionenbildung andererseits durch einen Verweis auf die rationale Kontrolle (sub-) institutioneller Spiele erklärt. Hier stehen demnach Fragen der institutionellen Performanz und Effektivität einerseits, des institutionellen Wandels andererseits vornehmlich im Visier.

Institutionalistische Ansätze haben sich in ihrer klassischen Variante vornehmlich mit der Struktur politischer Systeme befaßt – und das gilt heute noch für einen Großteil der politikwissenschaftlichen Literatur (Wallace, 1996; Wessels, 1996). In ihrem Interesse für zwischenstaatliche Vereinbarungen und Abkommen, Organisationen und Plattformen internationaler Politik beschäftigen sie sich mit den durch zwischenstaatliches Handeln entstehenden (veränderten) Kontextbedingungen für nationale und subnationale Politik. Die Aufwertung des Europäischen Parlaments und die Aufgabenhäufung des Europäischen Gerichtshofes (Wallace, 1996), die Einrichtung eines beratenden Ausschusses der Regionen (Hierl, 1995), das Subsidiaritätsprinzip (Hrbek, 1995) u.ä. verändern damit nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen Kommission und Ministerrat, sondern auch dasjenige der EU insgesamt zu den nationalen Regierungen und den verschiedenen Interessengruppen, da sie (neue) Arenen, Akteure und Instrumente der Politikgestaltung einführen – auf die sich die einzelnen Akteure strategisch einstellen (Kohler-Koch, 1996: 214-17; van Schendelen, 1993b). Insofern als sich diese institutionalistische Perspektive für die organisatorischen 'Gelegenheitsstrukturen' effektiven politischen Handelns interessiert, bietet sie jedoch nur

2 Siehe hierzu allgemein auch die umfangreiche Regimediskussion in der Theorie der internationalen Beziehungen.

die situativen Kontextbedingungen für die oben genannten spieltheoretischen Erklärungsansätze (Schneider & Mayntz, 1993).

Allerdings verweisen die bereits erwähnten neueren Institutionentheorien auf eine über die Ordnungsfunktion hinausreichende Bedeutung von Institutionen, deren eigentliches Erklärungsinteresse die spieltheoretisch orientierte Stoßrichtung der obigen Debatte gerade zu überwinden strebt. Denn neben den Ordnungsleistungen politischer Institutionen, die hauptsächlich auf einem Regelwerk für die Herstellung und Durchführung allgemein verbindlicher, also politischer Entscheidungen gründen, zeichnen sich Institutionen gerade durch eine symbolische Orientierungsleistung aus, die handlungsleitend und sozial integrativ wirkt, da sie Sinnhorizonte mit entsprechenden Bedeutungen und Bewertungen beinhalten, die der Problem-, Ziel- und Interessendefinition zugrunde liegen bzw. diese leiten (Göhler, 1994).<sup>3</sup> So wurde z.B. darauf verwiesen, daß die europäischen Institutionen verschiedene ordnungspolitische Leitbilder und -ideen vertreten (Schneider, 1992), die die Funktionsweise eben dieser politischen Organe zutiefst bestimmen und damit auch Inklusions- und Exklusionsmechanismen der betreffenden politischen Arenen etablieren, die für die Interessengruppen von größter Relevanz sind. Für das Verhältnis zwischen EU-Institutionen und gesellschaftlichen Interessengruppen hat diese institutionalistische Perspektive Konsequenzen, weil nun die Formen der (symbolischen) Interessenvermittlung und -vertretung deutlicher als voraussetzungsvolle Erfolgsbedingungen eingebracht werden. Wie noch zu zeigen sein wird, betreiben europäische Lobbyisten 'knallharte' Interessenpolitik, was ihre Ziele, Strategien und Taktiken anbetrifft. Erfolgreiches Lobbying aber setzt voraus, daß man sich in die Arbeitsformen und -routinen, impliziten Regeln und Verfahren, informellen Ziele, Problem- und Situationsdeutungen der Institutionen hineindenkt und diese einbezieht. Lobbying ist also primär *Interessenvermittlung*, womit institutionelle Faktoren im Sinne der soziologischen Institutionentheorie von besonderer Bedeutung werden. Zweifellos geht es um klare Interessen, um politischen Einfluß und Druck; aber es ist wesentlich zu klären, wie Interessen definiert und vermittelt werden und wie Einfluß und Druck ausgeübt wird. Dies nämlich hat weitreichende Folgen für die Struktur und Funktionsweise der europäischen Interessenvermittlung, und eben hiermit soll sich die vorliegende Studie eingehend befassen.

So betont der neo-institutionalistische Ansatz innerhalb der Organisationssoziologie, daß verschiedene organisationelle Formate und Prozeduren nicht nur im Hinblick auf Probleme der Effizienz und Funktionalität von Organisationen innerhalb einer kompetitiven Umwelt untersucht werden können (Scott & Meyer, 1991: 123). DiMaggio & Powell (1991: 66) argumentieren vielmehr: "Organizations compete not just for resources and costumers, but for political power and institutional legitimacy, for social as well as

3 Macht wird dabei im Hinblick auf die institutionellen Symbolwelten behandelt, etwa im Sinne einer Definitions- und Deutungsmacht institutionalisierter Diskurse (Rehberg, 1994; Nullmeier & Rüb, 1993; Bleses & Rose, 1998), die eine Auseinandersetzung um gültige und legitime ordnungspolitische Leitbilder und -ideen beinhalten (Wessels, 1994). Regieren unter Bedingungen verbandlicher Partizipation ist von diesen Symbolisierungen betroffen, nicht nur, weil Verbände innerhalb dieser institutionellen Regel- und Symbolsysteme Interessen definieren und vertreten, sondern weil sie auch auf diese institutionellen Strukturen wirken. Die 'neue' soziale Bewegungsforschung hat auf diesen Aspekt einer symbolischen Auseinandersetzung um gesellschaftliche und politische Ordnungen wiederholt hingewiesen und auf die entsprechende anti-institutionelle Symbolisierung verwiesen (bspw. Melucci, 1985; Eder, 1989).



economic fitness." Ein neo-institutionalistischer Ansatz internationaler Regimebildung interessiert sich demnach eher für die institutionellen Regeln und Normen, Symbolisierungen und Sinnhorizonte, die der internationalen Politik, ihren Verhandlungen und Vereinbarungen, Ordnungs- und Orientierungsfunktionen die normative Gültigkeit und Legitimität verleihen.

Augenfällig ist, daß die theoretische Beschäftigung mit dem europäischen Integrationsprozeß weniger staatszentriert ist. Denn den Interessengruppen wird eine wichtige, aber unterschiedlich gefaßte Rolle beim Prozeß der europäischen Integration zugestanden. So werden sie immer wieder als Hauptakteure der europäischen Einigung aufgeführt, insbesondere wenn es um 'europäische' Interessengruppen geht (europäische Dachverbände, europäische Unternehmen oder Bewegungen), denen an einer Europäisierung gelegen ist (Pierson & Leibfried, 1998). Europäische Politik ist damit nicht mehr nur abhängig von nationalen Interessen und Zielen und wird im Höchstfall nicht mehr nur als bloßer Minimalkonsens etabliert, sobald sie von Interessengruppen getragen und vorangetrieben wird, die nicht mehr in nationalen Kategorien denken, sondern vielmehr in Begriffen eines europäischen Marktes, gemeinsamer europäischer Probleme (z.B. Umwelt, Beschäftigung, Menschenrechte) oder ähnlichem. Spätestens seit Maastricht wird verstärkt auf die Mitwirkung verbandlicher Gruppen gebaut, was auch als Versuch der EU-Institutionen (allen voran der Kommission) gewertet werden kann, Schützenhilfe oder Unterstützungsbeiträge bei der weiteren Integrationspolitik zu erhalten. Interessengruppen sind dann insofern 'funktional', als sie gesellschaftliche Themen und Forderungen in den Politikprozeß einbringen und für erarbeitete Programme Akzeptanz beschaffen, Öffentlichkeit herstellen, aber zugleich Diskurse organisationell lenken, vielfältige Ressourcen (Expertise, Sachmittel etc.) bei der Politikgenerierung und -umsetzung einbringen und auch regulative Aufgaben übertragen bekommen. Die transnationale Organisation gesellschaftlicher Interessen wird dann zu einer dem politischen Prozeß vorgeschalteten (von diesem aber auch selbst gesteuerten) Integrationsvorleistung, denn diese Interessenorganisation setzt sich zum Ziel, zwischen verschiedenen (nationalen, sektoriellen, themenspezifischen) Interessen einen Konsens herzustellen.<sup>4</sup> Sollen die europäischen Verbände einer Europäisierung zuarbeiten, so setzt dies also voraus, daß die europaweite Koordinierung und Organisierung der verbandlichen Interessen selbst gelingt.<sup>5</sup>

4 Die europäische Verbandsforschung hat sich dabei verstärkt den Organisationsformen zugewandt, durch die diese supranationale Koordination und Abstimmung vollzogen werden (z.B. Hartmann, 1992). So wurde insbesondere auf die europäischen Dachverbände verwiesen, die allerdings keine hierarchische Entscheidungsspitze sind, denn Einzelverbände und -organisationen werden, wie wir bereits beobachteten, auf den verschiedenen Politikbühnen und -ebenen eigenständig aktiv, so daß den europäischen Verbänden eher die Funktion gemeinsamer (Diskussions-)Foren zuerkannt (Kohler-Koch, 1996) wird, in denen die Koordinierung gemeinsamer Ziele und Strategien vorangetrieben wird, und in denen zugleich Lernprozesse in Gang gehalten werden, die die Konzeption von Interessen, Zielen und Forderungen, gemeinsamen europäischen Positionen und Identitäten betreffen und verbandlichen Integrationstendenzen zuarbeiten (Kohler-Koch, 1992).

5 Die Frage, in welcher Form gesellschaftliche Interessen in das Regieren einbezogen werden, hat die sozialwissenschaftliche Diskussion schon seit langem interessiert. Die in diesem Kontext entwickelten Verbandstheorien treffen Aussagen über die Möglichkeiten der Repräsentation von Interessen sowie über die Entwicklung des Verbandesystems. Insbesondere in den 60er und 70er Jahren ist dieses Thema intensiv diskutiert worden. Denn in Reaktion auf marxistische Theorien wollte man von einer

Wendet man sich nun der im Kontext unserer Studie behandelten Problematik vor dem Hintergrund der oben aufgearbeiteten Debatten zu, so läßt sich zeigen, daß die europäische Integration keinesfalls zur zwangsläufigen Folge einer Europäisierung der Verbandslandschaft einerseits, der aktiveren Einbindung in die Politikgestaltung andererseits wird. Denn je mehr die (innerverbandliche) Abstimmung alle in Europa bestehenden Interessen erfassen soll und je mehr die Interessengruppen zu einem bedeutenden Faktor der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung innerhalb der Institutionen der EU werden, umso eher kann europäische Integration mißlingen, und dies nicht nur, weil eine solche Integration der Interessen einzelner Gruppierungen und Verbände mit einer Veto-Macht widerspricht. Vielmehr kann die Praxis der inner- oder zwischenverbandlichen Interessenabstimmung einerseits, die Praxis der Konsultation und Beteiligung durch die Institutionen der EU andererseits eine derartige Komplexität erhalten, daß Blockade, zumindestens Hemmnisse oder Ineffizienzen unvermeidbar werden. Selbst bei einem generellen Willen, die europäische Integration voranzubringen, könnte es aufgrund der hohen Transaktionskosten zu Störungen oder Hemmnissen einer 'positiven Integration' kommen (Scharpf, 1996c, 1998).<sup>6</sup> So ist es nicht nur für die wissenschaftliche Debatte, sondern auch für die Praxis der europäischen Integration von Interesse zu bestimmen, inwiefern die Verbands- und Interessenvertretungslandschaft integrativen oder desintegrativen Tendenzen ausgesetzt ist und inwiefern sich Strukturen etablieren, die einer weiteren europäischen Einigung (jenseits möglicher punktueller, thematischer Interessengegensätze) förderlich sind.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die bisherige Forschung zu dem Schluß kam, daß sich die europäische Einigung hauptsächlich auf einzelne, relativ eigenständige Politikfelder und -netzwerke erstreckt (Kohler-Koch, 1996), so daß sich aus ganzer Sicht eine Reihe von Gleichzeitigkeiten und Ambivalenzen in der Strukturbildung und Entwicklungstendenz europäischer Politik zeigen. Der alte Streit zwischen Realisten und Neofunktionalisten wird heute deshalb eher mit einem diplomatischen 'sowohl als auch' beantwortet, denn je nach Politikfeld (bzw. auch je nach Aspekt innerhalb einzelner Politikfelder) lassen sich institutionelle Automatismen und zwischenstaatliche Verhandlungsunwägbarkeiten, kompetitiver Institutionenwettbewerb oder neo-korporative Strukturen diagnostizieren (Kohler-Koch, 1992). Von der neo-funktionalistischen Perspektive aus betrachtet zeigt die EU weniger Strukturregelmäßigkeiten und Automatismen der institutionellen Entwicklung als erwartet. Eine systemische Integration, die sich in Form von 'spill-over'-Effekten entwickelt, ist akteurstheoretisch 'zustimmungspflichtig'. Gegenüber der Institutionenökonomik ist zu sagen, daß die europäische Politik jedoch

'funktionalen' Betrachtung des Politischen für den Klassenkampf abrücken und nach Strukturmodellen der Politik selbst fragen. Dabei stellen bis in die sechziger Jahre hinein die Annahmen des Verbändepluralismus die herrschende Theoriemeinung in den USA dar, während sich danach die pluralismuskritische Rational Choice-Theorie immer stärker durchsetzte (Laumann & Knoke, 1989).

6 Der Ökonom Jan Tinbergen (1954) hat die Unterscheidung zwischen 'negativer' und 'positiver Integration' in die Diskussion eingebracht, um die Schwierigkeiten einer politischen Integration hervorzuheben. Nach Smith & Ray (1993: 224) bezieht sich der Begriff der negativen Integration "to the removal of barriers and is associated with the economic liberalization that often accompanies integration. The dismantling of intercommunity obstacles to the free movement of goods, services, capital and people are examples of negative integration". Positive Integration hingegen bedarf einer komplexeren Koordinierung zwischen Regierungen über einen längeren Zeitraum. Daher gilt diese Form der Integration als eine schwieriger und labilere Variante.

'geordneter' und strukturierter ist als die kompetitiven Koordinationsproblematiken es eigentlich vorgeben würden. Das liegt nicht nur daran, daß einmal eingegangene Verpflichtungen zukünftige Kooperation vorstrukturieren und wahrscheinlicher machen. Dabei wird in der Literatur auch darauf verwiesen, daß europäische Verträge und Abkommen meistens in der Art 'russischer Puppen' konzipiert werden, wodurch es zu den immer wieder beobachtbaren 'treaty-based games' kommt, in denen die Akteure und Institutionen, die an einer weiteren Integration interessiert sind, die Vertragstexte proaktiv und expansiv auslegen und ihr Handeln in entsprechenden Richtlinien und Erlassen fixieren (Ross, 1998). Das liegt zum anderen an den institutionellen Strukturen der EU, allen voran an der Rolle der Kommission und des Europäischen Gerichtshofes, denen eine supranational-europäische, proaktive Rolle und Orientierung zugesprochen werden und die deshalb die integrationsförderliche Koordinierung der nationalen Mitgliedstaaten und der verschiedenen Interessen entsprechend vorantreiben und leiten werden (Pierson & Leibfried, 1998). Schließlich ist auch im Bereich der Interessenvertretung davon auszugehen, daß sich allmählich ein eigener, europäischer Sektor oder 'Markt' entwickelt, der eigene Strukturen und Prozesse der Interessenvermittlung, eigene Regeln und Zwänge hervorbringt. Interessenvermittlung wird in diesem Sinne zu einem institutionell gefestigten Handlungszusammenhang, der spezifische Regeln und Normen, Fertigkeiten und Sinnhorizonte, Leitbilder und Identitäten entwickelt. Diese Tendenzen, die in der vorliegenden Studie mit den Schlagwörtern der Institutionalisierung und Professionalisierung belegt und entsprechend untersucht werden sollen, können eine Koordinierung keinesfalls erzwingen, werden ihr latent aber durchaus förderlich sein.

### 1.3. Politikmuster zwischen Korporatismus und Pluralismus

Die nachgezeichneten Veränderungen europäischer Politik haben manchen Beobachter mutmaßen lassen, inwiefern die EU Pluralisierungs- und Fragmentierungsprozessen unterworfen ist (Eising & Kohler-Koch, 1994), die zu einer Abkehr von der neo-korporatistischen Eurokratie und Komitologie der Europäischen Gemeinschaft und zur Hinwendung zum pluralistischen Eurolobbyismus der Europäischen Union führen.<sup>7</sup> Diese Vermutung wird auch von uns als Ausgangsannahme der Untersuchung genutzt, um sie allerdings einer kritischen Überprüfung zu unterwerfen. Denn unserer Meinung nach passen die genannten konzeptionellen Instrumentarien nur bedingt auf die europäische Situation. Als Arbeitshypothese läßt sich die vorgestellte Annahme allerdings gut benutzen, um sich den Wandlungen, die zur Zeit auf der europäischen Ebene zu beobachten sind, einen ersten Schritt zu nähern. Damit sei zunächst auf die bereits erwähnte generelle Zunahme der auf der europäischen Bühne vertretenen Interessen (Verbände bzw. Consultancies) verwiesen. Wichtiger als diese bloß vordergründige Entwicklung ist der Umstand, daß sich viele Einzelverbände oder -unternehmen dafür entscheiden, selbständig ihre Interessen zu vertreten, statt auf einen zuweilen langwierigen innerverbandlichen Abstimmungs- und einen ungewissen interorganisationellen Verhandlungsprozeß mit den verschiedenen

7 Zum Korporatismus-Begriff siehe Czada (1994), Schmitter (1989), Schmitter & Grote (1997) und Williamson (1989). Die Hinweise auf die Pluralisierungstendenzen innerhalb der EU verweisen ihrerseits mehr oder weniger explizit auf die Pluralismusdebatte (siehe hierzu Dahl, 1982; Kelso, 1978).

Institutionen der EU zu setzen. Hier spielt vor allem auch gerade die stetige Institutionalisierung und Professionalisierung innerhalb und außerhalb der Interessenverbände eine gewichtige Rolle, denn 'Profi'-Lobbyisten und PR-Agenturen und die entsprechenden Modelle und Techniken der Meinungsbildung und Entscheidungsbeeinflussung eröffnen den verschiedensten Akteuren institutionalisierte Formen und Netzwerke der professionellen Interessenorganisation und -vermittlung. Mit dem Begriff des Eurolobbyismus wird weiterhin impliziert, daß sich auch politische und staatliche Akteure (Ministerien, Regionen, Kommunen, EU-Organe etc.) der professionellen Fertigkeiten der Interessenvertretung und Selbstdarstellung bedienen, je mehr sich ein kompetitives Organisationsfeld etabliert, in dem auch diese Akteure ihre Anliegen und Belange vertreten und vermitteln müssen. Damit wird angenommen, daß sich eine kompetitive Verbandslandschaft etabliert, die sich als ein intermediärer Bereich der Interessenvertretung institutionalisiert und professionalisiert, und das über die spezifischen Interessen und Trägergruppen hinweg. Schließlich wird vermutet, daß sich dieser intermediäre Bereich organisatorisch und institutionell soweit stabilisiert, daß er als vermittelnde 'Infrastruktur' auftritt, deren stetige Professionalisierung und Institutionalisierung eine latente Strukturierung und Standardisierung von Aktions- und Organisationsformen zur Folge hat (im Sinne von DiMaggio & Powell, 1991; Scott & Meyer, 1991). Die europäische Verbandslandschaft wäre demnach als ein gering und hoch integriertes organisationelles Feld zugleich zu beschreiben: gering, sobald man die spezifischen Interessen betrachtet, die es zu organisieren gilt; hoch, sobald die professionellen Formen der Interessenvertretung und -vermittlung betrachtet werden. Die Institutionalisierungs- und Integrationsprozesse etablieren damit Inklusions- und Exklusionsmechanismen, die nicht nur den Zugang zur politischen Arena regeln, sondern auch die Art der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung prägen.

Die Annahme einer Strukturveränderung in Richtung Eurolobbyismus würde implizieren, daß europäisches Regieren vor neue Herausforderungen gestellt wird, die sich aus den Strukturen und Entwicklungsdynamiken des ko-evolutionär sich entfaltenden Verbandssystems (Eichener & Voelzkow, 1994b) ergeben. Darüber hinaus würde der Eurolobbyismus für eine strukturelle Veränderung der Verbandslandschaft und Interessenvermittlung stehen, sowohl als 'Input-Faktor' der europäischen Politik *als auch* als Veränderung der Struktur und Entwicklungsdynamik der Willensbildung, Entscheidungsfindung und Implementation europäischer Politik selbst. Denn die Bündelung und Integration der verschiedenen Interessen, die dann als 'Inputs' in den Politikprozeß eingehen, können nun nicht mehr auf die europäischen Dachverbände und neo-korporativen Arrangements verwiesen und delegiert werden, sondern müssen nun auch gerade von den Institutionen der EU und innerhalb des Politikprozesses selbst geleistet und gelöst werden. Diese Annahme ist von einer Reihe von Autoren vertreten worden. So argumentieren etwa Streeck und Schmitter:

"The evolutionary alternative to neoliberalism as a model for the European political economy is clearly not (German or Scandinavian) neocorporatism. More likely appears an American-style pattern of 'disjointed pluralism' or 'competitive federalism', organized over no less than three levels – regions, nation-states, and 'Brussels'. As in the United States and perhaps more so, this system would be characterized by a *profound absence of hierarchy and monopoly*



*among a wide variety of players of different but uncertain status*" (Hervorhebung im Original, Streeck & Schmitter, 1991: 159, auch 1994).<sup>8</sup>

Gegen diese weitreichende Annahme eines tiefgreifenden und nachhaltigen Strukturwandels spricht die Persistenz neo-korporatistischer Arrangements in manchen Politikfeldern, wie etwa Telekommunikation, Pharmachemie u.a. (Greenwood, 1994). In der Fachdiskussion wird deshalb auch darauf hingewiesen, daß die Beziehungen zwischen Verbänden und Institutionen differenziert zu betrachten sind, denn sie fallen nicht in allen Politikfeldern gleich aus. Viele Autoren plädieren gar dafür, die Analyse und Bewertung stets politikfeldspezifisch auszurichten (z.B. König, 1994; Schneider, 1992). So lösen Greenwood und Ronit den theoretischen Disput zwischen Pluralismus und Neokorporatismus durch ein (weitverbreitetes) 'sowohl als auch'. Denn generelle Prozesse ließen sich nicht pauschal feststellen, sondern nur in Bezug auf die jeweiligen Sektoren. "In essence, the message is (...) that 'policies make politics', the idea that the type of policy under consideration will influence the type of politics underlying it; thus, arrangements are likely to differ for each domain, and the generalisability of influences will vary. No single model can describe arrangements in all sectors" (Greenwood & Ronit, 1994: 36). Die Autoren, die von einem Fortbestand von neo-korporativen Strukturen auf der sektoriellen Ebene ausgehen, divergieren aber von den erstgenannten nur insofern, als sie behaupten, daß sich die Strukturveränderungen (noch) nicht (vollständig) ergeben hätten und damit eine gewisse Parallelität hervorgerufen wird.

In der vorliegenden Studie soll nun argumentiert werden, daß sich eine neue Mischform herausbildet, die die verschiedenen Politikfelder immer stärker strukturieren wird. Damit soll zum einen gezeigt werden, daß Pluralismus und Neo-Korporatismus nicht nur parallel auftreten, sondern durchaus eine Verbindung eingehen können. Denn die Struktur der europäischen 'Staat-Verbände'-Beziehungen wird zunehmend geprägt durch wechselnde, punktuelle Allianzen (pluralistisches Strukturelement), die aber dem Politikstil einer konsensuell-deliberativen Teilnahme an einer gemeinsamen Willensbildung, Entscheidungsfindung und Implementation (neo-korporatistische Handlungsorientierung) folgen. Die kontinuierliche Ausgestaltung von Dachverbänden zu Foren der gemeinsamen Interessenabwägung und die Etablierung anderer semi-institutionalisierter Foren (fest etablierte Plattformen oder halb-strukturierte Diskussionsrunden zwischen einzelnen Akteuren) liefern uns Beispiele für eine neue strukturbestimmende Organisationsform der Interessenartikulation und -abstimmung sowie der Konsultation und Einbindung in die institutionalisierten Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse. Mit dieser Annahme soll zum anderen eingewandt werden, daß man von der Perspektive der einzelnen Politikfelder sicherlich themen- und interessenspezifische Ausgestaltungen der 'Staat-Verbände'-Beziehungen beobachten wird. Allerdings verstellt man sich dadurch den Blick

8 Diese Argumentationslinie wird in verschiedener Schattierung verfolgt und mit unterschiedlichen Konsequenzen in Zusammenhang gebracht. So z.B. führe die Pluralisierung der Akteurslandschaft zu einer Fragmentierung der Politikgestaltung und einer erhöhten Komplexität europäischer Mehrebenenverhandlungssysteme (Eising & Kohler-Koch, 1994: 175-6); Chancen neo-korporativer Kollektivverhandlungen (der soziale Dialog) seien ihrerseits durch die "stark pluralistisch fragmentierten Züge" der EU weitgehend unrealistisch (Timmesfeld, 1994: 24; Streeck, 1998). Diese Argumentation stützt sich oftmals explizit oder implizit auf Olson (1965).

dafür, daß sich auf der Ebene der Interessenvertretungslandschaft zusammenhängende Strukturen und Entwicklungslinien einstellen, die die 'Staat-Verbände'-Beziehungen latent und kontinuierlich über die einzelnen Politikfelder strukturieren und einander annähern. Dabei bleiben gewisse graduelle Abweichungen je nach Thema und Interessenkonstellation innerhalb eines Variationsspektrums durchaus möglich.

Mit den formulierten Annahmen soll auf Tendenzen einer Öffnung *und* Schließung europäischer Politik hingewiesen werden. So geht es darum, die Möglichkeit einer Umstrukturierung europäischer Politik ins Visier zu bekommen, die sich nicht in das enge Korsett der terminologischen Begriffe und Gegensätze von Pluralismus und Neo-Korporatismus zwingen läßt. Von besonderer Bedeutung für unsere Forschungsarbeiten waren zwei methodische Entscheidungen, die einer kurzen Erläuterung bedürfen. Zum einen ging es darum, die Strukturmerkmale und Entwicklungslinien der europäischen Interessenvertretung einerseits, der 'Staat-Verbände'-Beziehungen andererseits nicht fallspezifisch, d.h. auf einzelne Politikfelder, zu untersuchen, sondern die Interessenvertretungslandschaft als solche ins Visier zu nehmen. Ein Rückbezug auf einzelne Politikfelder und Themenspektren war dabei unvermeidbar, konnte aber durch einen Rückgriff auf die bereits zahlreichen Fallstudien pragmatisch und ausreichend verwirklicht werden. Auf der Grundlage dieses Forschungsstandes konnte damit eine zusammenhängende Deskription und Analyse induktiv realisiert werden. Hieran schloß sich eine theoretische Modellierung an, deren allgemeine Annahmen und Ergebnisse in einem deduktiven Arbeitsschritt anhand einer Reihe von Interviews (siehe Anhang), Dokumenten und Zahlenmaterialien belegt und veranschaulicht wurden. Sollten die Interessenvertretungslandschaft wie auch die 'Staat-Verbände'-Beziehungen 'ganzheitlich' untersucht werden, so haben wir uns zweitens entschieden, wie McLaughlin, Jordan & Maloney (1993) es ihrerseits empfehlen, europäische Politik nicht von den organisationellen Strukturen des Verbandssystems und des europäischen Institutionengefüges, sondern von den Strategien der "policy participants" zu betrachten. Der "praxeologische Ansatz", den wir unserer Untersuchung zugrunde legten, analysiert daher die konkrete Praxis der Akteure und der Akteursnetzwerke und versucht, Struktur- und Prozeßmuster herauszuarbeiten, die auf situativen, kognitiven, normativen und symbolischen Faktoren beruhen. Dieser 'praxeologische Ansatz' empfiehlt sich aus methodischen und theoretischen Erwägungen heraus. Denn das Ausmaß der *organisatorischen* Konzentration oder Zerfaserung der Verbändelandschaft und interorganisationellen Beziehungen, der bisher im Zentrum der Forschung stand, sagt nicht viel über die konkrete Praxis und die konkreten Handlungszusammenhänge aus. Eine Hervorbringung und Fortentwicklung von "Machtnetzwerken" und "politischen Eliten", um die Tendenz unserer Argumentation einmal zu umschreiben, muß nicht an integrierte oder neo-korporative Verbands- und Verhandlungssysteme gebunden sein, sondern kann sich auch, bei gegebenen organisationellen Umwelten, in fragmentierteren organisationellen Feldern herausbilden.<sup>9</sup> Gerade die

9 Damit versuchen wir, über die bloße (lineare) Gegenüberstellung von Pluralismus und Neo-Korporatismus hinauszugehen. Denn die Autoren, die von Machtnetzwerken ausgehen, tun dies stets noch primär im Hinblick auf neo-korporatistische Argumente. So etwa bei Greenwood, Grote & Ronit (1992: 252), die zwar strikt neo-korporative Strukturen verneinen, aber auf der sektoriellen Ebene viel entscheidendere meso-korporative Strukturen ausmachen. Sie folgern: "the fact that corporatist-style exchange relations have indeed been established, primarily below the level of peak associations, suggests that rejections of their viability have been premature and have somewhat rested on



Wesensmerkmale der EU scheinen diese spezifische Strukturierung und Schließung zu begünstigen, wodurch sich womöglich ein Ansatz ableiten läßt, der sich nicht als eine Übertragung von Konzepten versteht, die eigentlich für die nationale oder lokale Ebene konzipiert wurden.

---

speculation." Eine Forschungsrichtung, die eher von policy-networks spricht (Laumann & Knoke, 1989; Schneider, 1992; Mayntz, 1993a, 1993b; Kohler-Koch, 1996), scheint unserer Meinung nach vielversprechender.

## 2. Beziehungen zwischen EG/EU-Institutionen und Interessenvertretern in geschichtlicher Perspektive

Im Europa des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts verfügt der Zusammenschluß, der sich heute Europäische Union nennt<sup>10</sup>, über so viele Kompetenzbereiche und so viele Entscheidungsbefugnisse gegenüber seinen Mitgliedstaaten wie nie zuvor. Dabei hat die westeuropäische Integration im Verlauf der letzten fünfzig Jahre zur immer stärkeren Institutionalisierung supranationaler Entscheidungskompetenz in der EU geführt (Jachtenfuchs & Kohler-Koch, 1996a: 15). Die politische Integration Westeuropas hat zur Folge, daß sowohl die Bedingungen, unter denen nationale Regierungen tätig werden, als auch deren Fähigkeit, im Interesse ihrer Bürger zu handeln, sich qualitativ gewandelt haben, weil gleichzeitig mit der EU und vor allem mit ihrer supranational ausgestalteten Säule der Europäischen Gemeinschaft<sup>11</sup> ein politisches Ordnungssystem mit eigener Handlungsfähigkeit<sup>12</sup> entstanden ist.

Lange Zeit spielten wirtschaftliche Erwägungen bei der Integration eine besondere Rolle, da wirtschaftliche Überlegungen der Ausgangspunkt für die ursprüngliche Einführung der ersten Form eines europäischen Zusammenschlusses, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1951 waren. Seit der Entstehung der Zusammenarbeit der Staaten auf europäischer Ebene und der Ausbildung supranationaler Institutionen sind die verschiedenen Bereiche, insbesondere die wirtschaftlichen Strukturen, immer wieder ins Blickfeld wissenschaftlicher Reflexion gerückt, weil die Zusammenarbeit und die Beziehungen der Interessenvertreter (insbesondere derjenigen der Industrie) zur Politik immer wieder Fragen vor allem der Macht, Legitimation und, in deren Gefolge, der Berechtigung der politischen Ordnung der Gemeinschaft aufwarfen. Trotz Subsidiaritätsprinzip und möglichen Renationalisierungs- bzw. Regionalisierungstendenzen liegen wichtige Handlungskompetenzen bei der EU. Die Frage nach der Funktionsweise des europäischen Mehrebenensystems und den Prozessen, die Entscheidungen mit Folgewirkungen für alle beteiligten Staaten hervorbringen, ist daher aktuell.

Der europäische Integrationsprozeß ist dabei keinesfalls stetig und gleichmäßig verlaufen, sondern war von Integrationsschüben und -hemmnissen charakterisiert. Die Forschung hat diesen Prozeß in verschiedene Phasen unterteilt, und auch wenn diese Zeiträume unterschiedlich eingeteilt und bezeichnet wurden, so nutzen die meisten Autoren doch dieselben Meilensteine (z.B. die Gründung der Europäischen Gemeinschaften, die Einheitliche Europäische Akte und das Binnenmarktprojekt) als Bezugspunkte ihrer

---

10 Die Europäische Union besteht offiziell seit 1992 nach den Vereinbarungen der Maastrichter Verträge. Bis zu diesem Zeitpunkt nannte sich der Staatenverbund Europäische Gemeinschaft.

11 Die EG (1. Säule der EU) wurde 1992 um die beiden weiteren Säulen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Innen- und Justizpolitik erweitert.

12 Die Verlagerung der Handlungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene vollzieht sich in kleinen Schritten durch die alltägliche politische Praxis und Rechtsprechung, deren Ergebnisse in großen zeitlichen Abständen vertraglich kodifiziert werden und dann Wendepunkte in der europäischen Geschichte markieren.

## 7. Ausblick: Regieren im entfesselten Interessenkampf

Wir haben uns in der vorliegenden Studie mit den Entwicklungsmustern und Strukturen der europäischen Interessenvermittlungslandschaft insbesondere im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen und künftige Tendenzen beschäftigt. Insgesamt konnte beobachtet werden, daß gesellschaftliche Interessen verstärkt in die europäische Politik einbezogen werden, was auf einen Bedeutungszuwachs gesellschaftlicher Interessenvermittlung als Element und Drehscheibe der Willensbildung und Entscheidungsfindung hindeutet. Allerdings ist sowohl die Struktur der europäischen Interessenvertretungslandschaft wie auch die Form der Einbindung und Konsultation im Wandel begriffen und bewegt sich zwischen den Extrempositionen kompetitiver Interessenkämpfe einerseits, sich schließender Interessenskartelle andererseits. Bevor wir uns also einer abschließenden Bewertung zuwenden, empfiehlt es sich, die bisherige Argumentation kurz Revue passieren zu lassen.

### 7.1. Eine Panoramaaufnahme der europäischen Interessenvermittlung

Wie die Geschichte der Beziehungen zwischen EG-/EU-Institutionen und Interessengruppen gezeigt hat, gibt es wichtige Zusammenhänge zwischen beiden insofern, als die Institutionenentwicklung die Strukturen und Strategien der Interessenvermittlung bzw. der Interessenvermittler wesentlich bedingt. Die Interessenvermittlung in Brüssel in ihrer heutigen Form erhielt den entscheidenden Anstoß durch die Einheitliche Europäische Akte. Sie hat eine quantitative und damit auch eine qualitative Veränderung des Lobbyings nach sich gezogen, die sich insbesondere in einer internen Ausdifferenzierung der Interessenvermittlungslandschaft und einer sinkenden Repräsentativität einzelner Interessengruppen äußert.

Die heutige Struktur der Verbandslandschaft wird zunächst durch die vertretenen Interessen und Interessenlager bestimmt, wobei die verfügbaren Zahlen allesamt von einem deutlichen Übergewicht der Wirtschaftsinteressen sprechen. Gerade in diesem Bereich offenbart sich ein wesentliches Merkmal europäischer Interessenvermittlung, nämlich die Vielzahl der organisationellen Formen und Funktionen, das Nebeneinander von Einzelrepräsentanzen, allgemeinen Dachverbänden sowie spezifischen Branchen- und Produktverbänden. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftsinteressen und hier vor allem in von Großunternehmen dominierten Branchen entwickeln sich daher komplexe Interessenvermittlungsstrukturen und vielschichtige 'multi-voice'-Strategien. Hinsichtlich der Arbeitsteilung lassen sich als wesentliche Entwicklungen eine Spezialisierung unter den Verbänden einerseits, eine Bildung von Koalitionen andererseits ausfindig machen. Eine Besonderheit der jüngsten Entwicklungen ist weiterhin das vermehrte Auftauchen professioneller Beratungsunternehmen (politische Consultants, Anwaltsbüros, PR-Agenturen etc.).

Für die Entwicklungsmuster europäischer Interessenvermittlung ist es dabei bedeutsam, daß sich im soziologischen Sinne Professionalisierungstendenzen beobachten lassen. In der Tat lassen sich Belege dafür sammeln, daß sich Interessenvertretung als ein eigenständiger Beruf etabliert und es damit zu einer stetigen Strukturierung und Integration, Regulierung und Kontrolle des Berufsmarktes kommt. Es ergeben sich zwischen Verbandsvertretern und Consultants ähnliche Tätigkeitsfelder und -profile, die auch über die verschiedenen Interessenlager hinweg Geltung besitzen: Monitoring, Analyse und

Bewertung, Planung und Erarbeitung von Lobbying-Strategien sowie Lobbying im engeren Sinne. Daraus ergeben sich als Tätigkeitsbereiche die Rechtsberatung, die politische Beratung, Public Relations und Managementfunktionen.

Hinweise auf konkrete Professionalisierungstendenzen fanden sich insbesondere in Form einer zunehmenden Etablierung und Kodifizierung formaler und informeller Qualifikationen. Einheitliche Ausbildungsgänge und Karrieremuster sind zudem auch in Ansätzen erkennbar. Wesentlich für die Herausbildung einer Profession sind darüber hinaus ein gemeinsames professionelles Selbstverständnis und eine gemeinsame Identität, die normative Regeln und Pflichten sowie gemeinsame Werte umschließt. Auch eine gemeinsame Ethik konnte ausgemacht werden, die sich in erster Linie an der Demokratieverträglichkeit des eigenen Handelns ausrichtet und in Ansätzen eine Regulierung des Berufsmarktes übernimmt. Bei diesen Faktoren stellte sich heraus, daß es durchaus berufliche Netzwerke von Interessenvertretern gibt, wenn das spezifische Selbstverständnis von Verbandsvertretern dieser Netzwerkbildung auch verbandsspezifische Grenzen setzt. Denn trotz Gemeinsamkeiten hinsichtlich dieses Selbstverständnisses zwischen Verbandsvertretern und Consultants konnte doch herausgearbeitet werden, daß sich erstere vor allem mit dem Verband identifizieren, während bei letzteren eine Identifikation mit der Profession kennzeichnend war. In diesem Zusammenhang ließ sich eine Generationenabfolge ausmachen, denn gegenüber den 'alten Hasen' unter den Interessenvertretern, die den Aufbau des europäischen Verbandssystems miterlebt und z. T. auch aktiv mitgestaltet haben, entsteht eine neue Generation junger Lobbyisten, zumeist akademisch ausgebildeter und in europäischer Politik spezialisierter Consultants, die die Professionalisierung ihres Berufsstandes offensiv vorantreiben.

Allerdings muß hinsichtlich der Professionalisierung insgesamt festgehalten werden, daß diese unvollständig ausgestaltet ist. Denn europäische Interessenvermittlung ist intern mehrfach gebrochen, in dem Sinne, daß einzelne Berufsgruppen (Public Relations, Rechtsberufe, Managementpersonal etc.) und nationale Professionen bestimmend bleiben. Obschon sich hier ein gewisser Konzentrations- und Verdrängungswettbewerb nachzeichnen läßt, durch den eine angelsächsische gegen eine kontinentaleuropäische Lobbying-Kultur allmählich an Boden gewinnt, so ist mittelfristig nicht von einer vollständigen Anpassung auszugehen, denn auch andere Traditionen professionalisieren und behaupten sich durchaus erfolgreich. Selbst die Möglichkeit, daß eine allmähliche Homogenisierung im Sinne eines europäischen Schmelztiegels eintritt, ist mittelfristig nicht sehr wahrscheinlich. Denn das beobachtete 'Professionalisierungsprojekt' zielt vielmehr darauf ab, ein gemeinsames europäisches 'Dach' zu konstruieren, das die einzelnen Tätigkeitsfelder und Interessenvermittlungskulturen oder -stile verknüpft und überbrückt. Über langfristige Entwicklungen läßt sich aber aufgrund der wenigen verfügbaren Daten kaum etwas aussagen.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklungsrichtung der europäischen Interessenvermittlung läßt sich anmerken, daß die Staat-Verbände-Beziehungen die neo-korporative Ausrichtung der Europäischen Gemeinschaften hinter sich gelassen haben, aber nicht um einen Pfad nach dem pluralistisch-kompetitiven Muster der USA einzuschlagen, sondern um ein eigenes konsensuell-deliberatives Modell auszugestalten. Entsprechend rechnen wir für die Zukunft weder mit einem generellen Bedeutungsverlust der europäischen Dachverbände, die diese neo-korporative Phase in gewisser Hinsicht repräsentieren, noch mit einem Siegeszug und einer stetigen Integration und Konzentration kommerziellen

Lobbyings, was für die pluralistisch-kompetitiven Tendenzen stehen würde. Vielmehr bleibt es auch mittelfristig bei einem Nebeneinander verschiedener Optionen, die jeweils spezifische Funktionen in einer Interessenvertretungslandschaft mit mehreren Foren und Formen der Interessenartikulation und -abstimmung übernehmen. Trotz der Vielzahl von Interessengruppen, die ihr Lobbying eigenständig verfolgen und in diesem Sinne wechselnde ad hoc-Allianzen eingehen, lassen sich doch auch eine Vielzahl formaler Koalitionen und Zusammenschlüsse (z.B. Dachverbände, gemeinsame Kampagnenstrukturen), aber auch semi-formeller Plattformen und Netzwerke oder informeller Kontakt- und Liaisongruppen beobachten. Konfrontative und kompetitive Interessenvermittlung nimmt deshalb immer auch die Form einer mit den Institutionen gemeinsam betriebenen Deliberation an, auf die sich die beteiligten Akteure verpflichten müssen, falls sie an ihr weiterhin teilhaben wollen. Daß diese Form der Konsultation und Abstimmung stark selektive und exklusive Merkmale trägt, ist damit zwangsläufig verbunden.

Aus diesem Grund konnte auch festgestellt werden, daß sich tendenziell eine relativ geschlossene 'Brussels community' reproduziert, die Außenstehenden gegenüber ausgrenzend wirkt und damit zugleich starke 'accomodative pressures' ausübt. Wichtig für die Zugehörigkeit zu dieser community sind das entsprechende Gewicht der repräsentierten Interessen, die entsprechenden informellen Kontakte und Kenntnisse. Diese Tendenzen werden dadurch verstärkt, daß bei den Institutionen der EU sowie bei den etablierten Interessengruppen ein Bedürfnis nach Begrenzung der konsultierten Interessengruppen auf der Brüsseler Ebene besteht, insbesondere je größer und differenzierter dieser Bereich ist. Aufgrund einer mangelnden formalen Ausgestaltung der Konsultations- und Verhandlungsprozesse sind es damit diese 'Insider-Netzwerke' und policy communities selbst, die sich aufgrund impliziter, informeller Regeln und Routinen zu reproduzieren und regulieren trachten.

Diese 'Brüsseler Szene' gliedert sich nun intern auf, da sich um die einzelnen Institutionen der EU und ihre Ressorts eigene policy communities mit ihren jeweiligen Zentren und Peripherien herausgebildet haben. Entscheidend für die aktuellen Entwicklungen ist es aber, daß diese einzelnen policy communities nicht nebeneinander bestehen und für ihren Bereich jeweils das Sagen haben, wie dies noch zur Zeit der Europäischen Gemeinschaft mit ihren neo-korporatistisch verfaßten Politikaren vielfach der Fall war. Vielmehr entsteht durch die steigende Regulierungsbreite und -dichte europäischer Politik eine stetige Überlappung und Verzahnung eben dieser communities. Die damit einhergehenden Machtkämpfe haben zweifelsohne die Wirtschaftseliten für sich entschieden, denn diese haben mit dem Binnenmarktprojekt langfristige Ziele und Leitlinien der europäischen Politik festgezurr. Ob aber andere Gruppierungen und Eliten langfristig auf eine rein reaktive und 'reparative' Funktion reduziert werden oder ob sie es vermögen, neben den punktuellen Korrekturen auch langfristige Agenden zu bestimmen, wird der Zukunft zur Klärung zu überlassen sein.

## 7.2. Auswirkungen auf Regieren

Die Klagen über die fehlende Bürgernähe der Brüsseler Politik und ihrer Demokratiedefizite sind Legion und erhielten insbesondere im Jahre 1999 neue Nahrung, als einzelne Kommissare wegen Unregelmäßigkeiten in der Verwendung und Vergabe von EU-Geldern unter Beschuß gerieten. Diese Vorwürfe wurden von einer Expertengruppe, die vom Europapar-



lament eingesetzt wurden, in ihrem Bericht über "Betrug, Missmanagement und Vetterwirtschaft" nur zum Teil bestätigt. Dennoch führten sie zum Rücktritt der gesamten Kommission Jacques Santer und damit, so der Tenor der Debatte, zur schwersten Krise der EU. Nahrung erhielten die Vorwürfe auch noch, als Martin Bangemann, bis dahin Kommissar für Telekommunikation, seinen Wechsel in den Vorstand der spanischen Telefonica kurz nach dem Rücktritt der Kommission bekannt gab und damit allgemeine Irritationen auslöste, da nun die Preisgabe wertvoller Insider-Kenntnisse zu erwarten war.

Diese Entwicklungen wurde im übrigen auch gerade von den in Brüssel aktiven Interessengruppen mit Sorge beobachtet, stand ja gerade auch die Glaubwürdigkeit und die Akzeptanz organisierter Interessenvermittlung erneut in Frage. Denn Lobbying wird in der Europäischen Union schon traditionell als ein notwendiges, aber durchaus problematisches Element der Politik angesehen. Organisierte Einflußnahme ist intransparent, je mehr sie informell abläuft, und dafür umso anrüchlicher, je mehr es um Vorwürfe der Günstlingswirtschaft und der Korruption geht. Auch wenn sich die neue Kommission unter Romano Prodi und viele Interessenvertreter beeilen darauf hinzuweisen, daß es bei diesen Unregelmäßigkeiten niemals um explizite Korruption ging, so war damit doch wieder die Frage nach der Akzeptanz und Legitimität europäischer Politik auf der Tagesordnung – und für uns ein guter Anlaß, um über die Geltung und Legitimität der organisierten Interessenvermittlung zu reflektieren.

Nähert man sich einer abschließenden Bewertung europäischen Lobbyings, so ist es zunächst notwendig zu klären, welches Konzept von Legitimität verwendet und auf die europäische Politik bezogen wird. Hier spielt in der allgemeinen wie in der politikwissenschaftlichen und juristischen Diskussion das Demokratiekonzept eine herausragende Rolle. Gängig ist die Gleichsetzung von Legitimität mit Demokratie, wobei selbstverständlich auch hier wieder unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich dieses Begriffs vorliegen können. Als Vehikel der Legitimation unter demokratischen Gesichtspunkten kann zunächst der Rat dienen, weil die dort jeweils versammelten Minister Regierungen entstammen, die aus demokratischen Wahlen hervorgegangen sind und ihr Handeln innerhalb der EG daher nach demokratischen Gesichtspunkten als legitimiert zu betrachten ist. Es ist dann auch wichtig, daß der Rat das wesentliche Entscheidungsorgan der EG darstellt.<sup>204</sup> Neben diesem primär

204 Außerdem, so kann weiter argumentiert werden, haben die einzelnen Mitgliedstaaten der Union die Verträge, auf die sich diese gründet, gemäß ihren jeweiligen nationalen Verfassungen ratifiziert, so daß hier im demokratischen Verfahren eine Zustimmung erzielt wurde. Allerdings kann hieraus nicht abgeleitet werden, daß aufgrund der einmaligen Zustimmung zu den Verträgen jede Maßnahme, die dann auf dieser Grundlage getroffen wird, grundsätzlich demokratisch legitimiert ist. Auch in Nationalstaaten müssen sich Regierungen regelmäßig wieder zur Wahl stellen und sind nicht für alle Zeiten ein für allemal legitimiert (vgl. auch Kielmansegg, 1996: 53). Was den Rat als zentrales Entscheidungsorgan angeht, so haben sich hier die Verhältnisse seit Einführung der Mehrheitsregel entscheidend verändert. Kielmansegg (1996: 51-53) verwirft die Argumentation aus zwei Gründen: Die Wahlen, aus denen die Regierungen hervorgehen, thematisieren europapolitische Fragestellungen allenfalls am Rande, und außerdem müßte wenigstens in den Fällen, in denen nach der Mehrheitsregel entschieden wird, der Ratsentscheidung eine öffentliche Debatte vorausgehen, um die Zurechenbarkeit der Entscheidung zu gewährleisten. Aber selbst wenn dieses gegeben wäre, könnte eine Mehrheitsentscheidung, die einer Anzahl von Staaten gestattet, gegen den Willen einer Minderheit von Staaten rechtlich bindende Normen aufzustellen, nicht die gleiche demokratische Logik für sich beanspruchen wie ein gewähltes Parlament, das nach derselben Mehrheitsregel operiert. Ähnlich argumentiert Münch (1998: 334-335). Interessant ist in diesem Zusammenhang das

intergouvernementalen Organ läßt sich aus der Perspektive der demokratischen Legitimation auch auf das Europaparlament als eine primär supranationale Institution verweisen. Hier handelt es sich tatsächlich um eine 'gesamteuropäische' Institution, denn die Abgeordneten zeichnen sich zwar noch durch nationale Loyalitäten aus, sie organisieren sich und ihre Arbeit aber primär in transnationalen Fraktionen. Zugleich geht diese Institution aus allgemeinen, europaweiten Wahlen hervor. Aus diesem Grund argumentieren auch viele Kommentatoren im Hinblick auf das immer wieder aufbrechende Thema der Demokratiedefizite europäischer Politik, daß sich die EU gerade durch eine systematische Stärkung des Europäischen Parlaments direkt legitimieren ließe (z.B. Huber, 1996: 210). In diesem Sinne würde eine stärkere politische Integration zugleich die Grundlagen für eine deutlichere demokratische Legitimierung legen.

Als Exekutiv-Organ spielt die Kommission in diesen Demokratieüberlegungen nur eine geringe Rolle. Erwähnt werden muß aber, daß die Kommissare von den nationalen Regierungen vorgeschlagen und gestellt werden, weshalb sich diese Institution durch ein basales Verfahren legitimiert. Auch die gesellschaftlichen Interessengruppen spielen in diesen Legitimationskonzepten eine untergeordnete Rolle, und wenn, dann nur als ein stützender 'Input'-Faktor. Wie wir in Kapitel 5.4.3. gesehen haben, läßt sich hierbei zwischen einem substantiven, sozialen und prozeduralen Legitimitätsverständnis unterscheiden, je nachdem ob die Legitimierung über die vertretenen Themen und Interessen, über die Repräsentativität der Mitgliedschaft oder über das Konsultationsverfahren selbst erbracht wird.<sup>205</sup>

Insgesamt zeigt sich, daß die demokratische Legitimierung der EU mehrfach gebrochen ist, insbesondere, weil jedes EU-Organ eigene Legitimierungswege und -chancen eröffnet. Die unvollständige Staatlichkeit der EU wie auch ihre charakteristischen Legitimationsformen allerdings führen dazu, daß viele Beobachter in Frage stellen, ob die herkömmlichen Legitimationskonzepte, die ja primär aus der Beschäftigung mit dem Nationalstaat erwachsen, überhaupt auf die EU zutreffen (Kielmansegg, 1996; Voelzkow

Plädoyer von Lepsius (1991), die Beschlußorgane der Europäischen Gemeinschaft stärker an die einzelstaatliche Willensbildung zu binden. Dies soll durch eine verstärkte Einbindung der nationalen Parlamente in den Brüsseler Entscheidungsfindungsprozeß geschehen. Vgl. auch Münch (1993: 133-157).

205 Voelzkow & Eichener (1992) bewerten in ihrer Fallstudie zur technischen Normsetzung auf europäischer Ebene die Demokratisierung nach dem Grad der Berücksichtigung öffentlicher Interessen. Öffentliche Interessen werden dabei einerseits durch gewählte Regierungen vertreten und kommen andererseits durch die Beteiligung und Berücksichtigung von gesellschaftlichen Gruppen zur Geltung. Dabei ist insbesondere wichtig, daß nicht lediglich Unternehmensinteressen, sondern auch Minderheitsinteressen wie Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltpositionen eingang in die Entscheidungsfindung erlangen. In dieser Studie untersuchen die Autoren die Beziehungen zwischen staatlicher Ebene und normsetzenden Organisationen in Deutschland und auf EG-Ebene. Das deutsche Modell wird unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten positiver als das EG-Modell bewertet, weil hier eine zunehmende Einbeziehung öffentlicher Interessen in eine sozialverträgliche Technikgestaltung festgestellt werden kann. Die Autoren beleuchten dabei allerdings die tatsächlichen Vorgänge auf der Ebene der Normsetzung zu wenig. Andere Forschungen haben hier nämlich ergeben, daß ein reines "Genehmigungskartell" am Werke ist und von einer wirklichen Einbeziehung der Öffentlichkeit keine Rede sein kann (Stark, 1998). Von einer Hinwendung zu einem Modell "partizipativer Demokratie", wie Voelzkow & Eichener (1992: 278) es diagnostizieren, kann diesen Erkenntnissen zufolge nicht gesprochen werden.

& Eichener, 1992; Bach, 1994 und 1999, aber auch von Bogdandy, 1993; Schmitter, 1992). So wird die EU als "kosmopolitische Demokratie" eigenen Gepräges gesehen (Goodman, 1998), als eine Variante "globaler Demokratie" (McGrew, 1998). Zugleich wird in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion auch auf andere Legitimationsverständnisse und -modelle verwiesen (Joerges, 1993: 493-516, 1994: 91-130; Jachtenfuchs & Kohler-Koch, 1996a: 36-39; Münch, 1998: 332-335; Scharpf, 1998), die einer kurzen Erwähnung bedürfen.

Zunächst ist hier das Modell der neoliberalen europäischen Wirtschaftsverfassung zu nennen, in dem die Aufgaben des Staates auf die Gewährleistung bürgerlicher Freiheiten und die Aufgabe der EG-Institutionen auf die Sicherstellung eines funktionierenden Marktes reduziert werden. Auf diese Weise könnten Nationalstaaten und europäische Herrschaftsordnung nebeneinander und miteinander existieren. Ziel dieser Bemühungen ist die Wohlstandssicherung und die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, und beide Ziele legitimieren diesem Verständnis nach die weitere europäische Integration im allgemeinen, jede europäische Politik, die ein Mehr an Integration erbringt, im speziellen.<sup>206</sup> Für die Interessengruppen bietet dieses Denkmodell eine gute Gelegenheit, an der substantiven Legitimierung der EU mitzuwirken. Und dies gilt gerade für die Vertreter der Wirtschaftsinteressen, denn die Tatsache, daß die europäische Integration zunächst und primär als wirtschaftliches Einigungsprojekt konzipiert wurde, erlaubt es diesen Lobbyisten, sich als Teil der europäischen 'Polity' zu verstehen – einer Polity, die gemeinsam am Europäischen Projekt arbeitet und es zu realisieren strebt.<sup>207</sup> Diese europäische Integration beschränkt sich dabei nicht nur auf die Vernetzung der europäischen Wirtschaft und die Verschränkung ihrer Märkte.<sup>208</sup> Vielmehr sehen die entsprechenden Akteure darin eine

206 Andererseits soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß es durchaus die Gegenteilstendenz, nämlich eine Renationalisierung bzw. Regionalisierung in Europa gibt. Im Kontext der EU ist das Subsidiaritätsprinzip nur ein Hinweis. An dieser Stelle kann keine ausführliche Auseinandersetzung mit den widersprüchlichen Tendenzen erfolgen, jedoch soll ein Interviewzitat verdeutlichen, daß es Entwicklungen zur Renationalisierung und Regionalisierung gibt, die von den Brüsseler Akteuren durchaus als solche erkannt und problematisiert werden: "Mais il faut bien voir que maintenant, on se dirige de plus en plus en terme de politique agricole, hein, moi, vers une entre guillemets "renationalisation", voire une régionalisation. [...] Par exemple, à l'heure actuelle, vous avez dans les projets de réforme "Agenda 2000" ce qu'on appelle dans le secteur de la viande des enveloppes financières nationales. Chaque Etat membre pourra gérer un peu... Alors si ce n'est pas de la renationalisation en passe... En politique structurelle en Allemagne, c'est régionalisé, déjà. La Bavière a sa propre politique. [...] La France c'est régionalisé, mais quand même encore toujours très centralisé. Alors là, c'est toujours une seule politique. Regardez la Belgique. Tout ce qui est structurel, tout ce qui est investissement, c'est régionalisé déjà. Il n'y a plus que la politique de marché. [...] Mais c'est un fait que le national, le régional reviennent très vite. Très très vite. Et d'ailleurs, c'est presque naturel, je dirais. Comment voulez-vous gérer un ensemble de la Bretagne jusqu'à (je ne sais pas moi) l'Oural peut-être" (Dominique Sauchon, COPA).

207 Frage an den Vertreter von CEFIC, Michael Cockburn: "do you consider CEFIC and the other colleagues as a part of a European polity, as for example the political body of Europe working on European integration?" Antwort: "Absolutely! Absolutely! Certainly! Because the single biggest issue for us is the internal market. And we want an effective internal market so that there are no barriers to trade. [...] It's negative to the competitiveness of the chemical industry. So we are a total supporter of the Europeanisation and of the internal market" (Michael Cockburn, CEFIC).

208 Caroline Walcott vom ERT nennt Beispiele für diese Vernetzung der europäischen Wirtschaft: "The membership of the ERT is personal and it's all CEU, all the Chairmen or the chief decision-makers.

wichtige Chance, Wohlstand, Frieden und Völkerverständigung zu erzielen,<sup>209</sup> auch selbst dann, wenn sie den europäischen Integrationsprozeß auf den gemeinsamen Binnenmarkt zu reduzieren streben.

Diesem Verständnis nach werden die Effizienz und Effektivität europäischer Politik zu maßgeblichen Kriterien der Legitimität selbst (Bach, 1999: 41-5). Geht es nämlich um die Erreichung allgemeinwohlorientierter Ziele, so ist eine wirksame und 'wirtschaftliche' Entscheidungsfindung und Implementation genauso wichtig, wie die demokratische Legitimität der Verfahren der Entscheidungsfindung und Implementation. Für die Europäische Union gewinnt dieser Legitimierungsmodus aufgrund der oben bereits skizzierten 'Demokratiedefizite', die strukturell begründet und damit nicht leicht behebbar sind, eine besondere Attraktivität (Scharpf, 1998: 338-44).<sup>210</sup> So wird z.B. auf die Unterscheidung zwischen regulativer und redistributiver Politik abgehoben und die überlegene Problemlösungskapazität der EU im Bereich regulativer Politik zu ihrer Legitimation herangezogen (insb. Majone, 1994). Während redistributive Politik die Anwendung demokratischer Mehrheitsregeln erfordere, sei regulative Politik effizienzorientiert und werde daher am besten von Regulierungsbehörden durchgeführt. Effizienzorientierte Politik sei weniger auf parlamentarische Legitimation angewiesen und daher auch unter den Bedingungen, die in dieser Hinsicht gegenwärtig auf europäischer Ebene gegeben sind, für eine legitime Bearbeitung durch die EG geeignet. Allerdings wird man bei genauem Hinsehen nicht umhin kommen, zu erkennen, daß auch regulative Politik ein erhebliches Potential für politische Konflikte birgt und daher die Einschätzung, diese Art von Politik bedürfe weniger der parlamentarischen Legitimation als redistributive Politik, angezweifelt werden kann.

Die effektive und effiziente Erreichung legitimer bzw. legitimierter Ziele ist damit selbst eine wichtige, 'abgeleitete' Legitimationsform, die sich mit dem demokratischen Legitimationsmodus durchaus ergänzen kann, insbesondere wenn man von einem Legitimations-Mix ausgeht, der sich um die Institutionen der EU (hier die Kommission, das

Normally that man will go back to his management board and will remember what's been discussed here and might start promoting, for example, policies for energy efficiency or (...) Works Councils or something." Auf der Ebene der Unternehmensführung zeichnen sich damit europäische (Elite-)Netzwerke ab, sofern sich diese Personenkreise im europäischen Kontext engagieren und zahlreiche Kontakte mit ihren Kollegen aus anderen Ländern haben, mit denen sie auch europäische Fragestellungen diskutieren: "They sit on each other's boards or they sit on the boards of other companies. They sit on their local chambers of commerce, very many of them have many meetings which don't involve their direct companies. They also travel widely. The net effect is that these subjects of which we talk is gradually part and parcel of their own culture. They translate ERT ideas into the national country and they talk about it naturally with business counterparts, peers or otherwise" (Caroline Walcott, ERT).

209 Der Vertreter der ACEA ist z.B. der Ansicht, daß sich die Integration zwar bisher nur auf den Binnenmarkt konzentriert, "but still I think over the time it has allowed people to have many more experiences with people, products from other countries, services from other countries", which promotes knowledge about Europe (Marc Greven, ACEA).

210 Für Fritz Scharpf ist dies ein Gebot einer realitätsnahen Politik. "Idealerweise müßten deshalb demokratische Öffentlichkeiten wie auch Regierungen und Oppositionsparteien Diskussionen über Präferenzen, wie vorzugehen sei, vor dem Hintergrund dessen führen, was an machbaren Projekten angesichts der akuten externen Zwänge vorhanden ist, die Wähler müßten wiederum die Leistungen der Regierung anhand derselben Kriterien beurteilen" (Scharpf, 1998: 340).



Parlament und der Rat) rankt: "eine effiziente politische Führungsinstantz, ein transparenter, kontrollierender Parlamentarismus, ein machteilender Föderalismus" (Weidenfeld, 1995: 56). Die beiden Legitimationsmodi müssen sich allerdings nicht immer ergänzen. Denn demokratisch legitimierte Verfahren können vermehrt Effizienzprobleme aufwerfen, während effiziente Verfahren üblicherweise in geringerem Ausmaß demokratisch legitimiert sind.<sup>211</sup> Insbesondere die regulative Politikorientierung in den Verwaltungs- und Expertentabellen, das Komitee-Regime, "entspricht der modernen Variante der Arkanherrschaft als technokratischem Regieren. Der Technokrat verfügt über ein Wissen, das dem Staatsbürger in der Regel nicht zugänglich ist, und selbst wenn ihm der Zugang dazu erleichtert würde, bliebe das Expertenwissen für die meisten Bürger wohl unverständlich. Die demokratische Öffentlichkeit könnte auch keinen wertvollen Beitrag zur Diskussion oder Verhandlung liefern" (Bach, 1999: 104).

In der Tat gehen auch die Meinungen der beteiligten Interessengruppen auseinander, wenn es um die Gewichtung des einen oder anderen Legitimationsmodus geht. Auf der einen Seite verwiesen viele Interviewpartner, vornehmlich die der Wirtschaftsinteressen, auf die Effizienzproblematik, wenn sie nach dem Reformbedarf gefragt wurden. Typisch ist eine Aussage von Caroline Walcott vom ERT, die eine Vereinfachung des Entscheidungsprozesses befürwortet: "So, we are asked that the decision-making reform should go as deep as possible, but (...) in the direction of simplification and speaking of clarification and, if necessary, bring in qualified majority voting and so on." Diese Notwendigkeit wird vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Erweiterungspläne der EU gesehen, so daß der Vertreter von ACEA z.B. weniger Einstimmigkeit, dafür aber neue Regeln für qualifizierte Mehrheiten im Ministerrat befürwortet, wie auch eine Verkürzung der Entscheidungsverfahren, insbesondere durch die Einsparung einer Lesung im Parlament, da hier seiner Auskunft nach ohnehin nur die Änderungen aus der ersten Lesung wiederholt werden und dann eine Schlichtung mit dem Rat anberaumt werden muß. Auf der anderen Seite treten einige Interessengruppen, allen voran die Bürger- und Umweltverbände, für mehr Transparenz und Bürgernähe, insbesondere aber für mehr demokratische Partizipationsformen auf der Ebene der Konsultationen der EU-Institutionen mit den betreffenden Interessengruppen ein. So hatten wir bereits in Kapitel 6.2. gesehen, daß die Konsultationspraxis der EU-Institutionen, insbesondere die der Kommission, sehr wenig formalisiert ist und damit auch keinem rechtlich festgeschriebenen Verfahren folgt, das den Umgang mit Interessengruppen für alle verschiedenen Gruppierungen gleich regelt. Dies wird zumeist mit dem Hinweis auf Effizienzeinbußen gerechtfertigt, denn man befürchtet, daß der Entscheidungsprozeß hierdurch noch komplexer, langwieriger und umkämpfter wird. Demgegenüber beklagen sich aber die 'kleineren' Bürger- und Umweltverbände, von der Partizipation faktisch ausgeschlossen zu werden, da die Konsultationen je nach Ressort 'naturwüchsig' entstanden sind und informell reguliert werden.

Aussagekräftig ist der Umstand, daß die mächtigeren Wirtschaftsinteressen primär Effizienzprobleme, die kleineren Bürger- und Umweltverbände stärker Demokratiedefizite anmahnen. Allerdings muß klargestellt werden, daß diese Demokratiedefizite für die Verbände der verschiedensten Couleur, die wir interviewt haben, kaum ein zentrales oder drängendes Problem darstellen, wie auch von einer Legitimationskrise im eigentlichen Sinne

nicht gesprochen werden kann (Bach, 1999: 41-5).<sup>212</sup> Denn für diese Akteure wird die Legitimität der EU zunächst durch demokratische Mindestanforderungen gewährleistet, wie etwa die demokratische Wahl der politischen Entscheider, die Handlungsfähigkeit und Entscheidungsautonomie der politischen Institutionen. Darüber hinaus wird die Legitimität an den 'outputs' selbst gemessen, d. h. an der Frage, inwiefern die EU-Institutionen effektiv und effizient regieren. Legitimität wird damit zu einem Problem der (auch über Verbände herzustellenden) Effizienz und Effektivität des Regierens einerseits, der gesellschaftlichen Akzeptanz des Regierungshandelns der EU andererseits. Das heißt, aus dem Verständnis der EU-Institutionen wie auch der Interessengruppen scheint das primäre Ziel in der Verbesserung der Arbeitsweisen einerseits, in der Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz andererseits zu liegen, weshalb Fragen der demokratischen Legitimität im eigentlichen Sinne wenig oder nur mittelbar berührt werden.

In dieser Hinsicht bleiben Legitimationsschwierigkeiten in 'klassischer Weise' an die Staatlichkeit selbst gebunden, und zwar in beiderlei Hinsicht: Was die Verfahren und die 'outputs' des Regierens anbetrifft. In 'klassischer Weise' deshalb, weil nach Max Weber die erste Legitimationsform auf den bürokratisch-legalen Herrschaftstypus zurückgeht, die letztere auf 'Herrschaft kraft Wissen' (Weber, 1980, 1987). Potentielle Legitimationsprobleme lassen sich in diesem Sinne instrumentell lösen: Einerseits mittels einer Legitimation durch Verfahren (Luhmann, 1969), wo also Legitimationsdefizite durch eine Verbesserung (Öffnung, Schließung, Verkürzung, Ausdifferenzierung etc.) bürokratisch-legaler Prozeduren strategisch zu beheben sind; andererseits mittels einer Legitimation durch Sachverstand, wo also ein privilegierter Expertendiskurs mit der (nicht notwendigerweise demokratisch rückgebundenen) Erarbeitung von effizienten und effektiven 'policy-outputs' betraut wird (Majone, 1994), die dann nur noch massenmedial 'verkauft' werden müssen (auch dies eine Aufgabe des *professionellen* Polit-Marketings). Legitimationsprobleme brechen dort immer wieder auf, wo sich z.B. eine (effektive und effiziente) Politik nicht erfolgreich verkaufen und Akzeptanz aufbauen läßt oder wo der 'Krieg der Studien' (Jauß, 1999a) sozusagen von innen heraus die Glaubwürdigkeit und den Einfluß von Wissenschaft und Expertise unterminiert (Jasanoff, 1987; Beck, 1986: 254-82). Beide Erscheinungen scheinen das Bild der europäischen Legitimationsprobleme treffend zu skizzieren (Scharpf, 1998; Münch, 1998: 332-5; Joerges, 1994).

Kennzeichnend für die europäische Politik ist jedoch, daß sie ihre Effektivitäts- und Legitimitätsdefizite auch gerade jenseits von Staatlichkeit zu lösen versucht (Jachtenfuchs & Kohler-Koch, 1996b) und insbesondere durch eine stärkere Verzahnung von Politik und Gesellschaft die Handlungsfähigkeit und Geltung der EU zu sichern anstrebt. Die Offenheit der Institutionen der EU wird deshalb auch immer wieder als ein solches Mittel der Effektivitätssteigerung und Legitimierung genannt (z.B. Andersen & Eliassen, 1996), denn sie erlaubt es, gesellschaftliche Interessen stärker in die Waagschale einer wirksamen Politik

212 Maurizio Bach relativiert "die besonders in Deutschland verbreitete Sicht, daß das politische System der Europäischen Gemeinschaft eine Art Legitimationskrise durchlebt. Weder sind grundsätzliche Auseinandersetzungen über konfligierende Legitimationsideen noch nennenswerte Effizienzdefizite nach Maßgabe systemeigener Leistungskriterien erkennbar. Lediglich als Konsequenz von im politik- bzw. rechtswissenschaftlichen Systemvergleich, vor allem im Spannungsverhältnis mit den nationalen politischen Ordnungen, begründeten systemexternen Demokratisierungsansprüchen gibt es Hinweise auf einen 'objektiven' Legitimationsbedarf" (Bach, 1999: 45).

211 Vgl. hierzu ausführlicher Jauß, 1999a, 1999b, 2000.

mit mehr Bürgernähe zu legen – und dies wird auch von den kleineren, oftmals benachteiligten Gruppierungen positiv bewertet.<sup>213</sup>

Insofern scheint sich ein weiterer, dritter Legitimationstypus einzustellen, der sich primär gerade nicht auf bürokratisch-legale Verfahren und auch nicht auf den sachverständigen Expertendiskurs stützt, sondern in gewissem Sinne auf eine Vergesellschaftung und Entstaatlichung der Politik setzt: Europäisches Regieren soll sich nicht zuletzt auch durch das Partnerschaftsprinzip zu einer Arena *gesellschaftlicher* Abstimmungsprozesse jenseits der staatlichen Institutionen fortentwickeln.<sup>214</sup> Entscheidendes Merkmal dieser Politik (und politischen Legitimierung) jenseits des Staates ist aber die Tatsache, daß die Teilhabe am politischen Prozeß und die konkreten Interaktionsbeziehungen weniger durch formell kodifizierte Rechte und Verfahren reguliert und kontrolliert, sondern durch mehr oder weniger spezifizierte Regeln und Handlungsprinzipien strukturiert werden, die sich in den policy communities und dem breiteren Politiknetzwerk als informelle oder semi-formelle, habitualisierte Handlungserwartungen etablieren. Die Partizipation und der Einfluß einzelner Akteure können damit auch nicht mehr rechtlich eingeklagt oder politisch erzwungen werden, sondern werden zu einem Privileg, das innerhalb von communities oder 'Solidargemeinschaften' verliehen, erwirkt oder verwirkt wird.

Implizit scheint sich diese 'vergesellschaftende' Legitimationsform an Gleichheits- und Gerechtigkeitspostulaten zu orientieren, d.h. an gesellschaftlich vorhandenen Ideen der gerechten Entscheidungsfindung jenseits legal-technokratischer Verfahren und Fachdiskurse. Dabei ist davon auszugehen, daß sich auf der europäischen Ebene ein rein *formales* Gerechtigkeitspostulat in der Form von Chancengleichheits- und Fairneßvorstellungen durchsetzt. Chancengleichheit und Fairneß sollen garantieren, daß die Zugänglichkeit und Offenheit der europäischen Institutionen gerade nicht zu einer einseitigen Abhängigkeit von mächtigen Verbänden und einflußreichen Experten führt, sondern Raum für eine deliberative Politik schafft, in der auch gesellschaftliche Diskurse über Vorstellungen des "guten Lebens" einfließen. Eine Förderung 'intermediärer Instanzen' durch die Institutionen der EU mit dem Ziel einer vermittelnden Stützung europäischer Politik auf der 'input'- und 'output'-Seite würde damit von einer finanziellen und organisatorischen Förderung gesellschaftlicher Diskurs- und Verhandlungsräume ergänzt werden, die nicht

213 Aus diesem Grund sehen sich Interessenvertreter auch explizit als Teil des demokratischen Prozesses, wodurch sie gleichzeitig ihre eigene Tätigkeit legitimieren: "I think lobbying should be understood as being part of the democratic process. I mean you bring up point-of-views because you can't expect any Commission representative or any European or MEP to know everything about everything, so it's quite fair to come, and it is usually very much welcome when you come with your point and you just say, well, you know, we're very concerned about this issue and this is our experience and that's what we think and these are the problems we see and that's what should be solved on the European level etc. etc., and as long as you go like this, it is usually very much welcome and people call. You asked, do people come to you? Yes! They do come to us because they want to have another view of, and it's quite fair. They see the industry, they see commerce, they see the different parties involved in the issue, to make up their own mind and to see what is exactly the debate about the question. So that's, I think, lobbying should be this" (Caroline Naett, EURO COOP).

214 Jachtenfuchs & Kohler-Koch (1996a: 38-39) nennen das Konzept der Netzwerke, die zwar in der Lage sind, Probleme effizient zu lösen, deren demokratiethoretische Implikationen aber ungeklärt sind. Denn Netzwerke schränken einerseits die parlamentarische Handlungsfähigkeit ein, halten andererseits aber auch Chancen für vermehrte Partizipation bereit.

nur intermediäre Funktionen übernehmen, sondern Ausdruck und Mittel einer 'räsonierenden Öffentlichkeit' werden könnten (Habermas, 1990).<sup>215</sup>

Eine stärkere Formalisierung der verbandlichen Interessenvermittlung (formelle Registrierung, "code of conduct" für Interessenvertreter, durchgängige Anhörungsverfahren), die zuweilen gefordert wurde, um demokratische Partizipationsgarantien zu verleihen und um zugleich das 'Heer' an Lobbyisten bewältigen und kontrollieren zu können, erscheint aus diesem Grund auch nicht als ein geeignetes Instrument, mehr Chancengleichheit zu gewährleisten. Sie wird als eine ineffektive, "symbolische" Reaktion betrachtet, die nicht zuletzt die Offenheit und Transparenz der EU selbst gefährdet (van Schendelen, 1993b: 71-2). Denn eine Formalisierung scheint, darauf deuten die Aussagen hin, die bestehenden Kooperationsstrukturen zwischen Staat und Gesellschaft, die in weiten Bereichen über Interessengruppen laufen, in informelle Kontakte und Verhandlungen abzurängen, damit aber einer größeren Chancengleichheit geradewegs entgegenzuwirken. Viele Interessenvertreter, insbesondere solche der etablierten Verbände, die wenig Schwierigkeiten haben, angehört zu werden, sind daher der Meinung, daß die Interessenvertretung selber nicht der Reform bedürfe: "I don't really think that there is a need for regulation as such. I think the way it works is good. It is rather open. It is flexible. The only thing is that you have to know how it works, so if you want to defend your interests adequately, you need certain expert people to help you with that. That may be a problem with smaller businesses, for example, or with individuals or even consumer groups sometimes..." (Marc Greven, ACEA).

Demgegenüber werden Mindestanforderungen an die Konsultationspraxis gestellt, insbesondere im Sinne eines 'mapping exercises', das von einigen Generaldirektionen der Kommission verfolgt wurde, um zu erfassen, welche Interessengruppen in diesem Bereich aktiv sind. Des weiteren geht es um eine offensivere Informationspolitik, durch welche wichtige Dokumente früher und breiter in die Öffentlichkeit gestreut werden sollen. Schließlich geht es bei den Forderungen um eine bessere, gerechtere Ressourcenausstattung, die zumindestens gleichere Startbedingungen gewährleisten soll.<sup>216</sup> Die Legitimität

215 Als Beispiel dieser Form der Einbindung eines zivilgesellschaftlichen Diskurs- und Abstimmungsprozesses läßt sich der bereits genannte 'civil dialogue' einer Reihe von NGOs nennen. Nach Informationen der Platform of European Social NGOs wird diese zivilgesellschaftliche Plattform von der Kommission über einen ihrer Mitgliedsverbände finanziert. Ihr Ziel ist die Erarbeitung allgemeiner Stellungnahmen. Z.T. werden diese Organisationen in den Sozialdialog mit involviert. Interessant an dieser Förderung ist der Umstand, daß es sich nicht um eine Unterstützung einer Organisation (z.B. eines europäischen Dachverbandes) handelt, sondern um die Förderung eines zivilgesellschaftlichen Diskurses als solchen.

216 So begrüßt das EEB das fünfte Umweltaktionsprogramm, das eine Öffnung mit sich brachte. "Eine der großen Neuerungen war eben ... das Partnerschaftsprinzip, und wir haben gesagt: 'Hervorragend, wir sind Partner, möchten gerne.' Aber ... wenn die Komitees geöffnet werden und wir eingeladen werden, ist bei uns direkt die nächste Forderung: 'Wie sieht es aus, werden zumindest Reisegelder usw. abgedeckt?'" Begründet wird dieses durch die Chancenungleichheit, die gerade die moralisch Integren trifft: "Wir setzen uns für die Umwelt ein, Industrie setzt sich für ihre Interessen ein, das heißt es kommen irgendwann dann wirtschaftliche Vorteile dabei heraus, und entsprechend können die eben ihre Leute freistellen, und wir können es nicht. Wir würden gerne wesentlich aktiver und eben auch wirklich proaktiv mitarbeiten, wenn wir die nötigen finanziellen Mittel hätten, um eben mehr Experten daran zu beteiligen" (Interview EEB, 1998). Aufgabe der EU-Institutionen müßte es sein, hier ausgleichende Gerechtigkeit herzustellen.



staatlichen Handelns läge dann gerade in der Ermöglichung eines in der breiteren Gesellschaft angesiedelten Abstimmungs- und Kompromißfindungsprozesses. Funktionen des Staates und Maßblatten seiner Legitimität lägen zwar auch in formal-legalen Partizipationsgarantien und in der finanziellen Sicherung einer Handlungs- und Teilnahmefähigkeit der verschiedensten gesellschaftlichen Akteure. Dies aber nur, weil sie zu den Aufgaben eines moderierenden und ausgleichenden Staates zählen, der Chancengleichheit und Fairneß zu gewährleisten hat. Legitim erscheint eine Politik danach nur, wenn sie jedem gleiche Chancen einräumt und jedem das Vertrauen vermittelt, weiter am Spiel teilzunehmen. Akteure werden nur so weit gestützt, wie dies notwendig erscheint, um die Teilnahme zu sichern und Verzerrungen zu verhindern. Damit wird die mythische Funktion dieser Legitimationsform deutlich: Es geht darum, die Teilnahme aller Akteure zu sichern (soziale Integration) und die faktischen Ungleichheiten durch die Vorstellung einer gerechten Machtausübung zu legitimieren (Herrschaft).

Ob sich die beschriebenen Staat-Verbände-Beziehungen und Konsultationspraktiken auch in Zukunft halten werden, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht auszumachen. Auf der einen Seite ließe sich vermuten, daß mit fortschreitendem Integrationsprozeß auch im Bereich der Interessenvermittlung eine stärkere institutionelle Steuerung einsetzen wird, nicht nur, weil die Institutionen der EU die entsprechenden Kompetenzen und Finanzen erhalten könnten, sondern weil die stetig steigende Intensität und Komplexität der Beziehungen zwischen beiden Seiten einen Handlungsbedarf in diesem Sinne einfordern könnte. Auf der anderen Seite aber ist europäische Politik im Hinblick auf die verschiedenen Politikfelder und nationalen Politikstile oder -traditionen sehr uneinheitlich strukturiert, wodurch der Hervorbringung einheitlicher Konsultations- und Abstimmungsformen jenseits der beschriebenen Mindeststandards, die informell bereits bestehen und kurz- oder mittelfristig auch formalisiert werden sollen, gleich mehrere Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Somit ist gerade vor dem Hintergrund einer stetigen Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration auch weiterhin von einem "pragmatischen à la carte-Ansatz" (Rhodes, 1998: 101) auch gerade im Bereich der Staat-Verbände-Beziehungen auszugehen, wonach nationale und politikfeldbezogene Spezifika erhalten bleiben. Dies macht die EU dann zwar offener und zugänglicher für eine Vielzahl verschiedener Interessengruppen und Consultancies, denen im schlimmsten Fall immer noch spezifische Nischen verbleiben. Allerdings bleiben die Beziehungen zwischen EU-Institutionen und Interessengruppen unter diesen Umständen komplexer und unübersichtlicher, wodurch nicht zuletzt auch eine politische bzw. demokratische Kontrolle der organisierten Interessenvermittlung und Einflußnahme erschwert wird.

## Interviewpartner

- Amnesty International, European Union Association, Direktorin, Frau Brigitte Ernst de la Graete (1999)
- Association des Constructeurs Européens d'Automobiles (ACEA), Abteilung Legal & Taxation, Herr Marc Greven (1998)
- Comité des Organisations Professionnelles Agricoles de la Communauté Européenne (COPA), Herr Dominique Sauchon (1998)
- Conseil Européen des Fédérations des Industries Chimiques (CEFIC), Leiter der Öffentlichkeitsabteilung, Herr Michael Cockburn (1998)
- Daimler Chrysler, Repräsentanz für Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Vorstands, Herr Dr. Hanns R. Glatz (1998)
- Europäische Kommission, Generaldirektion V – Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten, Berater des Generaldirektors, Herr Hermann van Zonneveld (1999)
- Europäisches Parlament, C8 Ausschuß für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung, Herr Simon Duffin (1999)
- Europäisches Parlament, C11 Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Herr Henrik G. Hansen (1999)
- European Centre for Public Affairs Brussels (ECPAB), Director of Studies, Herr Robin Pedler (1999)
- European Anti-Poverty Network, Development Officer, Frau Pauline Geoghegan (1999)
- European Community of Consumer Cooperatives (EURO COOP), Generalsekretärin, Frau Caroline Naett (1998)
- European Environmental Bureau (EEB), Wissenschaftliche Beraterin, Frau Karola Taschner (1998)
- European Environmental Bureau (EEB), Liason, Press and Parliamentary Officer, Frau Regina Schneider (1998)
- European Project (EPRO), Herr Giulio Ripa di Meana (1999)
- European Public Policy Advisers S.A. (EPPA), Beraterin, Frau Eva Casado-Alarcon (1998)
- European Round Table (ERT), Vizeregensekretärin, Frau Caroline Walcott (1998)
- Greenpeace International, Leiter der 'European Unit', Herr Hans Wolters (1999)
- Hill & Knowlton, Leiter der Public Affairs Abteilung, Herr Patten (1999)
- Hill & Knowlton, Leiterin der PR-Abteilung, Frau Sam Rowe (1999)
- Human Rights Watch, Direktorin des Brüsseler Büros, Frau Lotte Leicht (1999)
- Lobby Européen des Femmes (LEF), Generalsekretärin, Frau Barbara M.L. Helfferich (1998)
- Platform of European Social NGOs, Koordinatorin des Sekretariats, Frau Sandrine Grenier (1999)
- Rat der Europäischen Union, Generaldirektion F (Beziehungen zum Europäischen Parlament, zum Wirtschafts- und Sozialausschuß und zum Ausschuß der Regionen; Institutionelle Angelegenheiten; Haushalt und Statut; Informationspolitik; Öffentlichkeitsarbeit), Herr Hans Brunmayr (1999)
- Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Abteilung für Arbeit und Sozialordnung, Frau Claudia Reh (1999)



- Union des Confédérations de l'Industrie et des Employeurs d'Europe (UNICE), Information Officer, Herr Christophe De Callatay (1998)
- Union des Confédérations de l'Industrie et des Employeurs d'Europe (UNICE), Frau H. Egerth (1998)
- Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft, Herr Friedrich Rath-Hörburger (1999)

## Literaturliste

- Abbott, A. (1988). *The System of Profession. An Essay on the Division of Expert Labor*. Chicago: University of Chicago Press.
- Aenishänslin, P. (1994). *Lobbying in Brüssel*. Manuskript des Vortrags bei der IBM Schweiz, Geschäftseinheit Verwaltungslösungen, Bern, 7.9.1994.
- Ainsworth, S. (1993). "The Role of Lobbyists: Entrepreneurs with Two Audiences". *American Journal of Political Science*, 37, 3, 834-66.
- Amm, J. (1995). *Interessenverbände und Umweltpolitik in den USA. Die Umweltthematik bei Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Naturschutzorganisationen seit 1960*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Andersen, S. S. & K. A. Eliassen. (1995). "EU lobbying: The new research agenda". *European Journal of Political Research*, 27, 4, 427-441.
- (1996). "EU-Lobbying: Between Representativity and Effectiveness." In S.S. Andersen & K. A. Eliassen (Hrsg.) *The European Union: How Democratic Is It?* (S. 41-55). London: Sage Publications.
- Arrington, C.B. & R.N. Sawaya (1984). "Managing Public Affairs: Issues Management in an Uncertain Environment", in: *California Management Review*, vol. 26, Nr.4, S. 148-60.
- Bach, M. (1994). "Transnationale Integration und institutionelle Differenzierung. Tendenzen der europäischen Staatswerdung." In V. Eichener & H. Voelzkow (Hrsg.), *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung* (S. 109-134). Marburg: Metropolis-Verlag.
- (1999). *Die Bürokratisierung Europas. Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Baker, M. (1992). "Voluntary group lobbying in the EC - a case study in animal testing of cosmetics". *European Access*, 4, 8-9.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Wege in eine andere Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bleses, P. & Rose, E. (1998). *Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Bourdieu, P. (1980). *Le sens pratique*. Paris: Minuit.
- (1989). *La Noblesse d'État. Grandes Écoles et esprit de corps*. Paris: Minuit.
- Braun, D. (1993). "Zur Steuerbarkeit funktionaler Teilsysteme: Akteurtheoretische Sichtweisen funktionaler Differenzierung moderner Gesellschaften". In A. Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung* (S. 199-222). PVS-Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brown, J. K. (1978). *The Fundamentals of Issues Management*. Washington, D.C.: The Public Affairs Council.
- Buholzer, R. P. (1998). *Legislative Lobbying in der Europäischen Union: Ein Konzept für Interessengruppen*. Sankt Galler Studien zur Politikwissenschaft, Bd. 21. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt.
- Burley, A.-M. & Mattli, W. (1993). "Europe Before the Court: A Political Theory of Legal Integration". *International Organization*, 47, Nr. 1, 41-76.

- Clausen, L. (1995). Stichwort "Netzwerk, soziales". In W. Fuchs-Heinritz, R. Lautmann, O. Rammstedt & H. Wienold (Hrsg.), *Lexikon zur Soziologie* (S. 436). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Coen, D. (1997). "The evolution of the large firm as a political actor in the European Union". *Journal of European Public Policy*, 4, 1, 91-108.
- Collins, R. (1990). "Changing conceptions in the sociology of the professions". In R. Torstendahl & M. Burrage (Hrsg.), *The Formation of Professions. Knowledge, State and Strategy* (S. 11-23). London: Sage.
- Coser, L. (1956). *The Functions of Social Conflict*. New York: Free Press.
- Cram, L. (1997). *Policy-making in the European Union. Conceptual lenses and the integration process*. London: Routledge.
- Czada, R. (1994). "Konjunkturen des Korporatismus: Zur Geschichte eines Paradigmenwechsels in der Verbändeforschung". In W. Streeck (Hrsg.), *Staat und Verbände* (S. 37-64). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dahl, R. A. (1982). *Dilemmas of Pluralist Democracy. Autonomy vs. Control*. New Haven: Yale University Press.
- Davidson, A. (1996). "Citizens' Access to Europe". In Randall (Hrsg.), *Business Guide to Lobbying in The EU* (S. 153-172). London: Cartermill.
- Daxhammer, R. (1995). *Special groups and exonomic policy in democratic societies: Theoretical foundations and empirical evidence*. Frankfurt a.M.: Lang.
- Dedman, M. J. (1996). *The Origins and Development of the European Union 1945-95. A history of European integration*. London / New York: Routledge.
- DiMaggio, P. J. & W. W. Powell. (1991). "The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields". In W. W. Powell & P. J. DiMaggio (Hrsg.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis* (S. 63-82). Chicago: University of Chicago Press.
- Douglas, M. & A. Wildavsky. (1982). *Risk and Culture. An Essay on the Selection of Technical and Environmental Dangers*. Berkeley: University of California Press.
- Durkheim, É. (1977). *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Dürmeier, S. & A. Grundheber-Pilgram. (1996). *Handbuch der Gewerkschaften in Europa*. Brüssel: EGB.
- Eder, K. (1989). "Die »Neuen Sozialen Bewegungen«: Moralische Kreuzzüge, politische Pressure Groups oder soziale Bewegungen?". In U. C. Wasmuth (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion* (S. 177-195). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- (1994). "Die Institutionalisierung kollektiven Handelns. Eine neue theoretische Problematik in der Bewegungsforschung". *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Nr. 2, 40-52.
- Eichener, V. & H. Voelzkow (1994a): "Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung: Ko-Evolution von politisch-administrativem System und Verbändelandschaft". In V. Eichener & H. Voelzkow (Hrsg.), *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung* (S. 9-25). Marburg: Metropolis-Verlag.
- (1994b). "Ko-Evolution politisch - administrativer und verbandlicher Strukturen: Am Beispiel der technischen Harmonisierung des europäischen Arbeits-, Verbraucher- und

- Umweltschutzes". In W. Streeck (Hrsg.), *Staat und Verbände* (S. 256-290). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Eising, R. & B. Kohler-Koch. (1994). "Inflation und Zersplitterung: Trends der Interessenvermittlung in der Europäischen Gemeinschaft". In W. Streeck (Hrsg.), *Staat und Verbände* (S. 175-206). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fischer, K. H. (1997). *Lobbying in der Europäischen Union*. Berlin: Berlin Verlag A. Spitz.
- Forster, K. (1993). "Lobbying in Brüssel". In M. Strauch (Hrsg.), *Lobbying. Wirtschaft und Politik im Wechselspiel* (S. 171-202). Frankfurt am Main: FAZ/Gabler.
- Gardner, J. (1991). *Effective Lobbying in the European Community*. Deventer/Boston: Kluwer Law and Taxation Publisher.
- Gerken, L. (1995). *Europa zwischen Ordnungswettbewerb und Harmonisierung. Europäische Ordnungspolitik im Zeichen der Subsidiarität*. Berlin: Springer Verlag.
- Göhler, G. (1994). "Politische Institutionen und ihr Kontext. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Theorie politischer Institutionen". In G. Göhler (Hrsg.), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie* (S. 19-46). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Goodman, J. (1998). "Die Europäische Union: Neue Demokratieformen jenseits des Nationalstaats". In U. Beck (Hrsg.), *Politik der Globalisierung* (S. 331-73). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gorges, M. J. (1996): *Euro-corporatism?: interest intermediation in the European Community*. Lanham/London: University Press of America.
- Grant, W. (1993). "Pressure Groups and the European Community: An Overview". In S. P. Mazey & J. J. Richardson (Hrsg.), *Lobbying in the European Community* (S. 27-46). Oxford: Oxford University Press.
- (1995). *Pressure groups, politics and democracy in Britain*. Hertfordshire: Harvester Wheatsheaf.
- Greenwood, J. (1994). "Pharma and Biotech: Virtues and Trends in EU Lobbying". In R. H. Pedler & M. P. C. M. van Schendelen (Hrsg.), *Lobbying the European Union. Companies, Trade Associations and Issue Groups* (S. 183-197). Aldershot u.a.: Dartmouth.
- (1997). *Representing Interests in the European Union*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire and London: Macmillan Press LTD.
- Greenwood, J. & K. Ronit. (1994). "Interest Groups in the European Community: Newly Emerging Dynamics and Forms". *West European Politics*, 17, 1, 31-52.
- Greenwood, J. & J. R. Grote & K. Ronit (1992). *Organized Interests and the European Community*. London: Sage Publications.
- Guéhenno, J.-M. (1994). *Das Ende der Demokratie*. München: Artemis und Winkler.
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hanf, K. (1978). "Introduction". In K. Hanf & F. W. Scharf (Hrsg.), *Interorganizational Policy Making* (S.1-15). London / Beverly Hills: Sage.

- Harrison, J. (1996). *The Role of the Political Lobbyist in Brussels and Strasbourg*. Manuskript, Speech at a Hawksmere Seminar on "Lobbying and Decision-making in Europe", The Forum Hotel, London (18.11.1996).
- Hartmann, J. (1992). "Interessenverbände". In O. W. Gabriel (Hrsg.), *Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt* (S. 256-76). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Haskell, T. L. (1984a). "Professionalism versus Capitalism: R.H. Tawney, Emile Durkheim, and C.S. Peirce on the Disinterestedness of Professional Communities". In T. L. Haskell (Hrsg.), *The Authority of Experts. Studies in History and Theory* (S. 180-225). Bloomington: Indiana University Press.
- Haskell, T. L. (Hrsg.) (1984b). *The Authority of Experts. Studies in History and Theory*. Bloomington: Indiana University Press.
- Heinelt, H. (1993). "Policy und Politics. Zum Verhältnis von Politikhalten und Politikprozessen". In A. Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung* (S. 307-327). Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 24/1993. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Helfferich, B. & Kolb, F. (2001). "Multilevel Action Coordination in European Contentious Politics. The case of the European Women's Lobby". In D. Imig & S. Tarrow (Hrsg.), *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Integrating Europe* (S. 222-255). Boulder CO: Rowman and Littlefield (in Vorbereitung).
- Héritier, A. (1993). "Einleitung. Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung". In A. Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung* (S. 9-36). Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 24/1993. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1997). "Die Koordination von Interessenvielfalt im Europäischen Entscheidungsprozeß: Regulative Politik als »Patchwork«". In A. Benz & W. Seibel (Hrsg.), *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft - Eine Zwischenbilanz* (S. 261-79). Baden-Baden: Nomos.
- Hey, C. & U. Brendle. (1994). *Umweltverbände und EG. Strategien, politische Kulturen und Organisationsformen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hierl, H. (1995). *Europa der Regionen*, Bonn: Economica Verlag.
- Holthaus, I. (1996). "Neuere Entwicklungen der internationalen Frauenbewegung. Reaktionen auf globale Prozesse". *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 9, 2, 61-69.
- Hrbek, R. (Hrsg.) (1995). *Das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union - Bedeutung und Wirkung für ausgewählte Politikbereiche*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Huber, P. M. (1996). *Recht der europäischen Integration*. München: Vahlen.
- Imig, D. & S. Tarrow (1999). "The Europeanization of Movements? A New Approach to Transnational contention". In D. della Porta, H. Kriesi & D. Rucht (Hrsg.), *Social Movements in a Globalizing World* (S. 112-133). London: Macmillan Press.
- (Hrsg.) (2001). *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Integrating Europe*. Boulder CO: Rowman and Littlefield (in Vorbereitung).

- Jachtenfuchs, M. & B. Kohler-Koch. (1996a). "Einleitung: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem". In M. Jachtenfuchs & B. Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration* (S. 15-44). Opladen: Leske + Budrich.
- (Hrsg.) (1996b). *Europäische Integration*. Opladen: Leske + Budrich.
- Jasanoff, S. S. (1987). "Contested Boundaries in Policy-Relevant Science". *Social Studies of Science*, 17, 195-230.
- Jauß, C. (1999a). *Demokratie als Verhandlungsmarathon. Politik der Luftreinhaltung in den USA 1970-1996*. Baden-Baden: Nomos.
- (1999b). "The United States: Rule by Virtue of Competition". In R. Münch et al., *Democracy at work. A Comparative Sociology of Environmental Regulation in the United Kingdom, France, Germany, and the United States* (S. 129-153), Westport, Conn.: Praeger.
- (2000). "USA: Arenen des Wettbewerbs". In R. Münch & C. Lahusen (Hrsg.), *Regulative Demokratie. Politik der Luftreinhaltung in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA* (S. 237-95). Frankfurt/M.: Campus.
- Jauß, C. & C. Lahusen (1996). "Vernetzungsformen der NRO: Der internationale Protest gegen die französischen Atomtests". In H.-M. Birckenbach, U. Jäger & C. Wellmann (Hrsg.), *Jahrbuch Frieden 1997. Konflikte, Abrüstung, Friedensarbeit* (S. 87-97). München: Beck.
- Jenkins, T. (1996). "The Economic and Social Committee and social integration". In E. Gabaglio & R. Hoffmann (Hrsg.), *European Trade Union Yearbook 1995* (S. 283-297). Brüssel: ETUI.
- Joerges, C. (1993). "Wirtschaftsrecht, Nationalstaat und der Vertrag von Maastricht". *Leviathan* 21, Nr. 4, 493-516.
- (1994). "Legitimationsprobleme des europäischen Wirtschaftsrechts und der Vertrag von Maastricht". In G. Brüggemeier (Hrsg.), *Verfassungen für ein ziviles Europa* (S. 91-130). Baden-Baden: Nomos.
- Johnsen, E. & B. Mintz. (1989). "Organizational versus Class Components of Director Networks". In R. Perrucci & H. R. Potter (Hrsg.), *Networks of Power. Organizational Actors at the National, Corporate, and Community Levels* (S. 57-80). New York: Aldine de Gruyter.
- Jones, T. (1997). "Business Interview: Jeremy Jennings: New broom sweeps in for British industry". *European Voice* Vol. 3, No. 20, 29.
- Jopp, M. (1996). "Reformziel Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU". In M. Jopp & O. Schmuck (Hrsg.), *Die Reform der Europäischen Union. Analysen - Positionen - Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97* (S. 41-58). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Karpik, L. (1989). "Le désintéressement". *Annales. Économies, Sociétés, Civilisations*, 44, Nr. 1, 733-47.
- Kaufman, H. (1985). *Time, Chance, and Organizations. Natural Selection in a Perilous Environment*. Chatham: Chatham House Publishers.
- Kelso, W. A. (1978). *American Democratic Theory. Pluralism and its Critics*. Westport (Conn.): Greenwood Press.



- Kenis, P. & Schneider, V. (1991). "Policy Networks and Policy Analysis: Scrutinizing a New Analytical Toolbox". In B. Marin & R. Mayntz (Hrsg.), *Policy Networks* (S. 25-59). Frankfurt a.M.: Campus und Boulder, Colorado: Westview.
- Kielmansegg, P. (1996). "Integration und Demokratie". In M. Jachtenfuchs & B. Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration* (S. 47-71). Opladen: Leske + Budrich.
- Kohler-Koch, B. (1992). "Interessen und Integration. Die Rolle organisierter Interessen im westeuropäischen Integrationsprozeß". In M. Kreile (Hrsg.), *Die Integration Europas* (S. 81-119). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1994). "Changing patterns of Interest Intermediation in the European Union". *Government and Opposition* 29, 2, 166-180.
- (1996). "Die Gestaltungsmacht organisierter Interessen". In M. Jachtenfuchs & B. Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration* (S. 193-222). Opladen: Leske + Budrich.
- (1997a). "Organized Interests in the EC and the European Parliament". *European Integration online Papers (EioP)*, Jg. 1, Nr. 9, 1-17.
- (1997b). "Organized Interests in European integration: The Evolution of a New Type of Governance". In H. Wallace & A. R. Young (Hrsg.), *Participation and Policy-Making in the European Union* (S. 42-68). Oxford: Clarendon Press.
- Kommission der Europäischen Union (1994). *Entreprises in Europe. Third Report*. Luxembourg: Office for Official Publ. of the European Communities.
- König, Th. (1994). "Intergouvernementale versus Supranationale Politikfeldstrukturen. Eine Konzeption prototypischer Interaktionsmuster privater und politischer Akteure zum Vergleich europäischer Politikbereiche". In V. Eichener & H. Voelzkow (Hrsg.), *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung* (S. 151-180). Marburg: Metropolis-Verlag.
- Kowalsky, W. (1999). *Europäische Sozialpolitik. Ausgangsbedingungen, Antriebskräfte und Entwicklungspotentiale*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lahusen, C. (1996). "Interest Group Politics"? Eine ländervergleichende Studie zur verbandlichen Arbeit sozialer Bewegungsorganisationen". *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 9/3, 28-38.
- (1997). "Die Organisation kollektiven Handelns. Formen und Möglichkeiten internationaler Kampagnen". In E. Altvater et al. (Hrsg.), *Vernetzt und Verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft* (S. 192-203). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (1998). "Der dritte Sektor als Lobby. Umweltverbände im Räderwerk der nationalen Politik". In R. Graf Strachwitz (Hrsg.), *Dritter Sektor - Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung* (S. 411-36). Düsseldorf: Raabe-Verlag.
- (1999). "Joining the cocktail-circuits? Social movement organizations in Brussels". Vortrag bei der Tagung "Will Europe work?", European Sociological Association, 18.-21. August 1999.
- (2000). *Professional Consultancies in the European Union. Findings of a survey on commercial interest intermediation*. Bamberg: unveröffentlichtes 'working-paper'.
- (2001). "Political Regulation in Sociological Perspective: A Multidimensional Framework of Analysis". In R. Münch et al., *Democracy at Work. A Comparative Sociology of Environmental Regulation in the United Kingdom, France, Germany, and the United States* (S. 19-46), Westport, Conn.: Praeger.

- Landmarks Ltd. (1999). *The European Public Affairs Directory*. Brüssel: Landmarks Ltd.
- Larson, M. S. (1984). "The Production of Expertise and the Constitution of Expert Power". In T. L. Haskell (Hrsg.), *The Authority of Experts. Studies in History and Theory* (S. 28-80). Bloomington: Indiana University Press.
- (1990). "In the matter of experts and professionals, or how impossible it is to leave nothing unsaid". In R. Torstendahl & M. Burrage (Hrsg.), *The Formation of Professions. Knowledge, State and Strategy* (S. 24-50). London: Sage.
- Laumann, E. O. & Knoke, D. (1989). "Policy Networks of the Organizational State: Collective Action in the National Energy and Health Domains". In R. Perrucci & H. R. Potter (Hrsg.), *Networks of Power. Organizational Actors at the National, Corporate, and Community Levels* (S. 17-55). New York: Aldine de Gruyter.
- Leibfried, S. & Pierson, P. (1998). *Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lepsius, R. (1991). "Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft". In R. Wildenmann (Hrsg.), *Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union* (S. 19-40). Baden-Baden: Nomos.
- Luhmann, N. (1969). *Legitimation durch Verfahren*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- MacDonald, Keith M. (1995). *The Sociology of the Professions*. London: Sage.
- Majone, G. (1994). "The European Community: An Independent Fourth Branch of Government?". In G. Brüggemeier (Hrsg.), *Verfassungen für ein ziviles Europa* (S. 23-43). Baden-Baden: Nomos.
- March, J. G. & J. P. Olsen. (1989). *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. London: Free Press.
- Marks, G. & D. McAdam (1999). "On the Relationship of Political Opportunities to the Form of Collective Action: the Case of the European Union". In D. della Porta, H. Kriesi & D. Rucht (Hrsg.), *Social Movements in a Globalizing World* (S. 97-111). London: Macmillan Press.
- Marx, T.G. (1986). "Integrating Public Affairs and Strategic Planning", in: *California Management Review*, vol. 29, Nr. 1, S. 141-47.
- Matyia, M. (1996). *Der Einfluß der Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE) auf den Entscheidungsprozeß der Europäischen Union*. Freiburg i. Ue.: Masch.
- Mayntz, R. (1993a). "Networks, Issues, and Games: Multiorganizational Interactions in the Restructuring of a National Research System". In F. W. Scharpf (Hrsg.), *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions* (S. 189-210). Frankfurt/M.: Campus.
- (1993b). "Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen" In Héritier, A. (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung* (S. 39-56). Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 24/1993. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mazey, S. P. & J. J. Richardson. (1993a). *Lobbying in the European Community*. Oxford: Oxford University Press.
- (1993b). "Interest Groups in the European Community". In J. J. Richardson (Hrsg.), *Pressure Groups* (S. 191-213). Oxford u.a.: Oxford University Press.

- (1994). "The Commission and the lobby". In G. Edwards & D. Spence (Hrsg.), *The European Commission* (S. 169-201). Harlow: Longman Current Affairs.
- (1996). "The logic of organisation: Interest groups". In J. Richardson (Hrsg.), *European Union. Power and Policy-Making* (S. 200-15), London: Routledge.
- McGrew, A. (1998). "Demokratie ohne Grenzen?" In U. Beck (Hrsg.), *Politik der Globalisierung* (S. 374-419). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- McLaughlin, A. M. & J. Greenwood. (1995). "The Management of Interest Representation in the European Union". *Journal of Common Market Studies*, 33, 1, 143-156.
- Mc Laughlin, A. & G. Jordan (1993). "The Rationality of Lobbying in Europe: Why are Euro-Groups so Numerous and so Weak ? Some Evidence from the Car-Industry". In S. P. Mazey & J. J. Richardson (Hrsg.), *Lobbying in The European Community* (S.122-161). Oxford: University press.
- McLaughlin, A. M., G. Jordan & W. A. Maloney. (1993). "Corporate Lobbying in the European Community". *Journal of Common Market Studies*, 31, 2, 191-212.
- Melucci, A. (1985). "The symbolic challenge of contemporary movements". *Social Research*, 52, 789-815.
- Middlemas, K. (1995). *Orchestrating Europe. The Informal Politics of the European Union 1973-95*. London: Fontana Press.
- Monar, J. (1996). "Reformziel Innere Sicherheit: Die Notwendigkeit einer Gemeinsamen Innen- und Justizpolitik". In M. Jopp & O. Schmuck (Hrsg.), *Die Reform der Europäischen Union. Analysen - Positionen - Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97* (S. 59-74). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Morawetz, I. (1986). *Die verborgene Macht: personelle Verflechtungen zwischen Großbanken, Industrie und Unternehmerverbänden in Österreich*. Frankfurt a. M.: Campus-Verlag.
- Münch, R. (1993). *Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- (1998). *Globale Dynamik, lokale Lebenswelten*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nollert, M. (1997). "Verbändelobbying in der Europäischen Union - Europäische Dachverbände im Vergleich". In U. von Alemann & B. Weßels (Hrsg.), *Verbände in vergleichender Perspektive. Beiträge zu einem vernachlässigten Feld* (S. 107-36). Berlin: Edition Sigma.
- Nugent, Neil (1995): *The Government and Politics of the European Union*. London: The Macmillan Press.
- Nullmeier, F. & F. W. Rüb (1993). *Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherheitsstaat*. Frankfurt/M.: Campus.
- Offe, C. & H. Wiesenhal. (1980). "Two logics of collective action: theoretical notes on social class and organizational form". *Political Power and Social Theory*, 1, 67-115.
- Olson, M., Jr. (1965). *The Logic of Collective Action*. Cambridge: Harvard University Press.
- Pappi, F. U. (1993). "Policy-Netze: Erscheinungsform moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz?". In A. Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neu-*

- orientierung* (S. 84-94). Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 24/1993. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pedler, R.H. (1994). "ETUC and the Pregnant Women". In R. H. Pedler & M. P. C. M. van Schendelen (Hrsg.), *Lobbying the European Union. Companies, Trade Associations and Issue Groups* (S. 241-258). Aldershot u.a.: Dartmouth.
- Pedler, R. H. & M. P. C. M. van Schendelen (Hrsg.) (1994). *Lobbying the European Union. Companies, Trade Associations and Issue Groups*. Aldershot: Dartmouth.
- Pfeffer, J. & G. R. Salancik. (1978). *The External Control of Organizations. A Resource Dependence Perspective*. New York u.a.: Harper & Row.
- Pfeifer, G. (1995). *Eurolobbyismus. Organisierte Interessen in der Europäischen Union*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Pierson, P. & S. Leibfried (1998). "Zur Dynamik sozialpolitischer Integration: Der Wohlfahrtsstaat in der europäischen Mehrebenen-Politik". In S. Leibfried & P. Pierson (Hrsg.), *Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration* (S. 422-63). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pilz, F. (1998). *Der Steuerungs- und Wohlfahrtsstaat Deutschland. Politikgestaltung versus Fiskalisierung und Ökonomisierung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Platform of European Social NGOs (1998). *The European Union and consultation of Social NGOs. Considerations and proposals*. Brüssel: Position Paper vom 20.2.1998.
- (1999). *The Funding of European Social NGOs*. Brüssel: Dokument der Platform Working Group on Funding, Juni 1999.
- Platzer, H.-W. (1996). "Die Europäisierung von Unternehmen und Unternehmensverbänden. Entwicklungsgeschichtliche, ökonomische und politisch-strukturelle Aspekte im Kontext des EU-Reformprozesses". In A. Maurer & B. Thiele (Hrsg.), *Legitimationsprobleme und Demokratisierung der Europäischen Union* (S. 112-128.). Marburg: Schürer.
- Rehberg, K.-S. (1994). "Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen". In G. Göhler (Hrsg.), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie* (S. 47-84). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Rhodes, M. (1998). "Das Verwirrspiel der 'Regulierung': Industrielle Beziehungen und 'soziale Dimension'". In S. Leibfried & P. Pierson (Hrsg.), *Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration* (S. 100-54). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Richardson, K. (1989). "Europe's industrialists help shape the single market". Commission Washington Office: *Europe* No.292, 18-20.
- Rieger, E. (1994). "Herrschaft kraft Interessenkonstellation. Agrarverbände in der Europäischen Gemeinschaft und in der Bundesrepublik Deutschland". In V. Eichener & H. Voelzkow (Hrsg.), *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung* (S. 303-319). Marburg: Metropolis-Verlag.
- (1996): "Agrarpolitik: Integration durch Gemeinschaftspolitik?" In M. Jachtenfuchs & B. Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration* (S.401-428). Opladen: Leske & Budrich.
- Rogers, E. M. & J. W. Dearing. (1988). "Agenda-Setting Research: Where Has It Been, Where Is It Going?". *Communication Yearbook 11*, 555-594.



- Rose, R. (1991). "What is Lesson-Drawing". *Journal of Public Policy* 11, 3-30.
- Ross, G. (1998). "Das 'Soziale Europa' des Jacques Delors. Verschachtelung als politische Strategie". In S. Leibfried & P. Pierson (Hrsg.), *Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration* (S. 327-68). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rucht, D. (1987). "Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung". In R. Roth & D. Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 238-260). Frankfurt/M.: Campus.
- (1993). "Think Globally, Act Locally? Needs, Forms and Problems of Cross-National cooperation among Environmental Groups". In J.D. Liefferink, P.D. Lowe & A.P.J. Mol (Hrsg.), *European Integration and Environmental Policy* (S. 75-95). London: Belhaven Press.
- (2001). "Lobbying or Protest. Strategies to Influence EU Environmental Policies". In D. Imig & S. Tarrow (Hrsg.), *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Integrating Europe* (S. 192-221). Boulder CO: Rowman and Littlefield (in Vorbereitung).
- Sandholtz, W. (1993). "Choosing union: monetary politics and Maastricht". *International Organization*, 47, Nr. 1, 1-39.
- Sandholtz, W. & J. Zysman. (1989). "1992: Recasting the European Bargain". *World Politics*, 46, Nr. 1, S. 95-128.
- Scharpf, F. W. (1993a). "Coordination in Hierarchies and Networks". In F. W. Scharpf (Hrsg.), *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions* (S. 125-165). Frankfurt/M.: Campus.
- (Hg.). (1993b). *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*. Frankfurt/M.: Campus.
- (1993c). "Positive and negative Koordination in Verhandlungssystemen". In Héritier, A. (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung* (S. 57-83). Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 24/1993. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1993d). "Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat". In R. Czada & M. G. Schmidt (Hrsg.), *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit* (S. 25-50). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1996). "Politische Optionen im vollendeten Binnenmarkt". In M. Jachtenfuchs & B. Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration* (S. 109-40). Opladen: Leske + Budrich.
- (1998). "Jenseits der Regime-Debatte: Ökonomische Integration, Demokratie und Wohlfahrtsstaat in Europa". In S. Lessenich & I. Ostner (Hrsg.), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive* (S. 321-49). Frankfurt/M.: Campus.
- Schmitter, Ph. C. (1989). "Corporatism is Dead! Long Live Corporatism!" *Government and Opposition*, 41(1) 54-73.
- (1992). "Representation and the Future Euro-Polity". *Staatwissenschaften und Staatespraxis* 3, Nr.3, S. 379-405.
- Schmitter, Ph. C. & J. R. Grote (1997): "Der korporatistische Sisyphus: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft". *Politische Vierteljahresschrift* 38, H.3, 530-554.
- Schnabel, F. (1979). "Politik ohne Politiker". In H. Wollmann (Hrsg.), *Politik im Dickicht der Bürokratie*. Leviathan, Sonderheft 3.
- Schneider, H. (1992). "Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik". In M. Kreile (Hrsg.), *Die Integration Europas* (S. 3-35). Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Schneider, V. (1994). "Organised Interests in the European Telecommunications Sector". In J. Greenwood, J. R. Grote & K. Ronit (Hrsg.), *Organised Interests and the European Community*. London: Sage.
- Schneider, V. & Mayntz, R. (1993). "Akteurszenterter Institutionalismus in der Technikforschung. Fragestellungen und Erklärungsansätze". In J. Halfmann, G. Bechmann & W. Rammert (Hrsg.), *Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 8* (S. 107-30). Frankfurt/M.: Campus.
- Schumann, W. (1994). "Das politische System der Europäischen Union als Rahmen für Verbandsaktivitäten". In V. Eichener & H. Voelzkow (Hrsg.), *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung* (S. 71-108). Marburg: Metropolis Verlag.
- Schütt-Wetschky, E. (1997). *Interessenverbände und Staat*. Darmstadt: Primus Verlag.
- Scott, W. R. & J. W. Meyer. (1991). "The Organization of Societal Sectors: Propositions and Early Evidence". In W. W. Powell & P. J. DiMaggio (Hrsg.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis* (S. 108-40). Chicago: University of Chicago Press.
- Sidjanski, D. (1967). "Pressure Groups and the European Economic Community". *Government and Opposition*, 2, 397-416.
- Simmel, G. (1968). *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin: Dunkler & Humblot.
- Stark, C. (1998). *Die blockierte Demokratie. Kulturelle Grenzen der Politik im deutschen Immissionsschutz*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- (2001). "Die Konfliktsoziologie von Georg Simmel". In: Th. Bonacker (Hrsg.), *Konfliktsoziologie* (in Vorbereitung), Opladen: Leske & Budrich.
- Stern, A. (1994). *Lobbying in Europe after Maastricht. How to keep abreast and wield influence in the European Union*. Study written by the Club of Bruxelles under the direction of Amdi Stern: Bruxelles, Club de Bruxelles.
- Strauch, M. (1993). *Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel*. Frankfurt am Main: FAZ/Gabler.
- Streeck, W. (1987). "Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten". *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 39, 3, 471-495.
- (1994) "Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten?" In W. Streeck (Hrsg.), *Staat und Verbände* (S. 7-36). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1998). "Vom Binnenmarkt zum Bundesstaat? Überlegungen zur politischen Ökonomie der europäischen Sozialpolitik". In S. Leibfried & P. Pierson (Hrsg.), *Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration* (S. 369-421). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Streeck, W. & P. C. Schmitter (1985). "Gemeinschaft Markt und Staat - und die Verbände? Der mögliche Beitrag von Interessenregierungen zur sozialen Ordnung". *Journal für Sozialforschung*, 25, 133-157.
- (1991). "From National Corporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market". *Politics & Society*, 19, 1, 133-64.
- Suleiman, E. N. (1978). *Elites in French Society. The Politics of Survival*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Tarrow, S. (1995). "The Europeanization of Conflict: Reflections from a Social Movement Perspective". *West European Politics*, 18, 223-51.

- Teubner, G. & H. Willke. (1984). "Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht". *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 1, 4-35.
- Thompson, G., Frances, J., Levacic, R. & Mitchell, J. (Hrsg.). (1991). *Markets, Hierarchies & Networks. The Coordination of Social Life*. London: Sage.
- Timmesfeld, A. (1994). *Chancen und Perspektiven europäischer Kollektivverhandlungen. Zur Bedeutung nationaler Interessendivergenzen für die kollektive Handlungsfähigkeit europäischer Dachverbände*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Torstendahl, R. & M. Burrage (Hrsg.). (1990). *The Formation of Professions. Knowledge, State and Strategy*. London: Sage.
- Traxler, F. & P. C. Schmitter. (1994). "Perspektiven europäischer Integration, verbandlicher Interessenvermittlung und Politikformulierung". In V. Eichener & H. Voelzkow (Hrsg.), *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung* (S. 45-70). Marburg: Metropolis Verlag.
- van den Polder, R. (1994). "Lobbying for the European Airline Industry". In R. H. Pedler & M. P. C. M. van Schendelen (Hrsg.), *Lobbying the European Union. Companies, Trade Associations and Issue Groups* (S. 103-119). Aldershot u.a.: Dartmouth.
- van der Klaauw, J. (1994). "Amnesty Lobbies for Refugees". In R. H. Pedler & M. P. C. M. Van Schendelen (Hrsg.), *Lobbying the European Union. Companies, Trade Associations and Issue Groups* (S. 259-282). Aldershot u.a.: Dartmouth.
- van Schendelen, M. P. C. M. (1993a). "Die wachsende Bedeutung des europäischen Lobbying". *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 24, 1, 64-72.
- (Hrsg.) (1993b). *National Public and Private EC Lobbying*. Aldershot: Dartmouth.
- (1993c). "Introduction. The Relevance of National Public and Private EC Lobbying". In M. P. C. M. van Schendelen (Hrsg.), *National Public and Private EC Lobbying* (S. 1-19). Aldershot: Dartmouth.
- (1993d). "Conclusion: From National State Power to Spontaneous Lobbying". In M. P. C. M. van Schendelen (Hrsg.), *National Public and Private EC Lobbying* (S. 283-301). Aldershot: Dartmouth.
- (1996). "'The Council Decides': Does the Council Decide?". *Journal of Common Market Studies* 4, 531-548.
- van Waarden, F. (1992). "Dimensions and Types of Policy Networks". *European Journal of Political Research* 21, 1-2, 29-52.
- Voelzkow, H. & V. Eichener (1992). "Techniksteuerung durch Verbände. Institutionelles Arrangement und Interessenberücksichtigungsmuster bei der Harmonisierung technischer Normen in Europa". In K. Grimmer (Hrsg.), *Politische Techniksteuerung* (S. 267-287). Opladen: Leske + Budrich.
- von Bogdandy, A. (1993). "Supranationale Union als neuer Herrschaftstypus: Entstaatlichung und Vergemeinschaftung in staatsrechtlicher Perspektive". *Integration*, 16, Nr. 4, S. 210-214.
- von Velsen-Zerweck, B. (1998). *Dynamisches Verbandsmanagement. Phasen- und krisengerechte Führung von Verbänden*. Wiesbaden: Gabler, Deutscher Universitätsverlag.
- Walk, H. & A. Brunnengräber. (1996). "«Ad hoc-Allianzen» - eine neue gesellschaftspolitische Perspektive?". *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 9, 2, 70-82.

- Wallace, H. (1996). "Die Dynamik des EU-Institutionengefüges". In M. Jachtenfuchs & B. Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration* (S. 141-163). Opladen: Leske & Budrich.
- Weber, J. (1987). "Politikvermittlung als Interessenvermittlung durch Verbände". In Sarcinelli, U. (Hrsg.), *Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur* (S. 203-218). Schriftenreihe, Band 238. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Weber, M. (1980). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
- Weidenfeld, W. (1995). "Europäische Einigung im historischen Überblick". In W. Weidenfeld & W. Wessels (Hrsg.), *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration* (S. 11-62). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Wessels, W. (1992). "Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese". In M. Kreile (Hrsg.), *Die Integration Europas* (S. 36-61). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1994). "Institutionen der Europäischen Union: Langzeitrends und Leitideen". In Gerhard Göhler (Hrsg.), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie* (S. 301-30). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- (1996). "Verwaltung im EG-Mehrebenensystem: Auf dem Weg zur Megabürokratie?". In M. Jachtenfuchs & B. Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration* (S. 165-92). Opladen: Leske + Budrich.
- Williamson, P. J. (1989). *Corporatism in Perspective. An Introductory Guide to Corporatist Theory*. London: Sage.
- Willke, H. (1992). "Prinzipien politischer Supervision". In H. Bußhoff (Hrsg.), *Politische Steuerung. Steuerbarkeit und Steuerungsfähigkeit. Beiträge zur Grundlagendiskussion* (S. 51-80). Baden-Baden: Nomos.
- Windhoff-Héritier, A. (1987). *Policy-Analyse. Eine Einführung*. Frankfurt/M.: Campus.
- Wolf, R. (1988). "'Herrschaft kraft Wissen' in der Risikogesellschaft". *Soziale Welt*, 39, Nr. 2, 164-87.
- Zapf, M. (1993). "Presse und Lobbys in der Brüsseler Schattenwirtschaft". In M. Strauch (Hrsg.), *Lobbying. Wirtschaft und Politik im Wechselspiel* (S. 217-229). Frankfurt am Main: FAZ/Gabler.
- Zellentin, G. (1992). "Der Funktionalismus - eine Strategie gesamteuropäischer Integration?". In M. Kreile (Hrsg.), *Die Integration Europas* (S. 62-77). Opladen: Westdeutscher Verlag.